



# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Der Friedenswille des Deutschen Reichstags . . . . .	281	Gewerkschaften. — Aus den österreichischen Gewerkschaften	287
Wirtschaftliche Rundschau	283	Kongresse. 13. ordentliche Generalversammlung	289
Kriegsfürsorge. Von den künstlichen Armen der	284	des Deutschen Metallarbeiter-Bandes . . . . .	289
Kriegsinvaliden		Arbeiterversicherung. Arbeitstherapie in der Un-	293
Arbeiterbewegung. Die schweizerische Gewerk-		fallversicherung und die Gewerkschaften . . . . .	293
schaftsbewegung im Jahre 1916. — Aus den deutschen		Genossenschaftliches. XIV. Genossenschaftstag des	295
		Centralverbandes deutscher Konsumvereine	295

### Der Friedenswille des Deutschen Reichstags.

Der neue Reichskanzler hielt am 19. Juli seine Antrittsrede vor dem Reichstag. Sie sollte vor allem bedeutungsvoll werden durch die Stellungnahme zu den Willensumgebungen des Reichstags für innerpolitische Reformen und für die Beendigung des Weltkrieges. Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte, ehe er von seinem Amte zurücktrat, von der Krone die Zusage auf Einführung des allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts für Preußen erreicht. Er war auch bereit gewesen, einer Demokratisierung der Regierung im Wege des parlamentarischen Systems den Weg zu bahnen und einer Friedensresolution des Reichstags zuzustimmen, die einen Eroberungsfrieden ablehnt und einen Verständigungsfrieden, verankert durch die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen erstrebt. Doch fand er beim Reichstag nicht mehr das Maß von Vertrauen, das die Durchführung seiner Politik voraussetzt. Sein Nachfolger, Dr. Georg Michaelis, bisher Unterstaatssekretär und preussischer Staatskommissar für das Ernährungswesen, gilt als ein Mann von rascher Entscheidungsfähigkeit und unbeugsamer Energie. Seine Rede am 7. März d. J. im preussischen Abgeordnetenhaus (vgl. „Corr.-Bl.“ Nr. 11, S. 115 dieses Jahrgangs), die von wohlthuender Unabhängigkeit von den Einflüssen des preussischen Landwirtschaftsministeriums zeugte, hat diesen Ruf befestigt. In sonstiger politischer Hinsicht aber galt Dr. Michaelis als ein unbeschriebenes Blatt; er war ein tüchtiger und energischer Verwaltungsmann, aber ohne ein ausgesprochenes politisches Programm. Um so gespannter war die deutsche, und mehr wohl noch die ausländische Öffentlichkeit auf die politische Programmrede des neuen Kanzlers, von dem man nur wußte, daß ihn der Wille des Kaisers zu diesem Posten berufen hatte, und daß der Reichstag oder auch nur die Reichstagsparteien nicht darüber befragt worden waren. Daß in dieser Art der Berufung des leitenden Staatsmannes keine Konzeption an die Wünsche des Reichstags nach einem parlamentarischen Regime zu erkennen war, haben wir bereits dargelegt, und uns auch gegen die Hintertreppolitik erklärt, unter deren Mithilfe der frühere Kanzler aus seinem Amt entfernt worden war.

Solcher Geheimparlamentarismus trägt nicht dazu bei, den Reichstag im Kampfe für sein Recht zu stärken. Nur eine feste demokratische Politik und deren offene und entschlossene Vertretung befähigt den Reichstag, in diesem Konflikt mit der Regierung zu siegen.

Es gereicht uns zur Freude und Genugtuung, berichten zu können, daß der Reichstag auch dem neuen Reichskanzler gegenüber auf seinem demokratischen Standpunkt durchgehalten und ihn mit der notwendigen Festigkeit vertreten hat. Die Rede des Reichskanzlers nahm zunächst nach einer Einleitung über die Verdienste seines Amtsvorgängers und über die Entstehung des Krieges die deutsche Kriegführung zur Friedensfrage Stellung. Die Erklärung, daß Deutschland, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekomme, auch nicht einen Tag länger Krieg führen werde, nur um gewaltsame Eroberungen zu machen, wurde als eine Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstags aufgefaßt. Verständnis fand seine Darlegung, daß wir den Frieden nicht nochmals anbieten könnten, nachdem die einmal ausgestreckte Hand ins Leere gegriffen habe. Dagegen wurden die weiteren Ausführungen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden müßten, vorwiegend auf der rechten Seite des Hauses applaudiert. Daß der Frieden die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker geben müsse, erweckte wiederum den Beifall der Mehrheitsparteien. Der Schluß, den der Kanzler aus alledem zog, daß diese Ziele sich im Rahmen der Reichstagsmehrheitsresolution, wie er sie aufsaße, erreichen ließen, klang etwas vielversprechend und ist denn auch nachher von jeder Partei auf ihre Weise gedeutet worden. Dagegen sprach der Kanzler sicher im Sinne des gesamten deutschen Volkes, wenn er erklärte:

„Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind, darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen, was er uns zu sagen hat, und dann wollen wir ehrlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten. Bis dahin müssen wir ruhig, geduldig und mutig ausharren.“

Ueber die Fragen der innern Politik glaubte der Kanzler sich noch nicht abschließend äußern zu können. In der Wahlrechtsfrage stelle er sich nach der Kaiserbotschaft vom 11. Juli auf deren Standpunkt. In der Frage des Parlamentarismus halte er es für nützlich und notwendig, eine engere Fühlung zwischen den großen Parteien und der Regierung herbeizuführen, und er sei bereit, soweit dies möglich sei, ohne den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenwirken lebens- und wirkungsvoller machen könne. Er halte es auch für wünschenswert, das Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung durch Berufung von Männern, die neben ihrer persönlichen Eignung das volle Vertrauen der großen Parteien und der Volksvertretung genießen, in leitende Stellen enger zu gestalten. Selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß von der anderen Seite das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung der Politik nicht geschmälert werden dürfe. Er sei nicht willens, sich die Führung aus der Hand nehmen zu lassen.

Kanzler dieser Vorbehalt gegenüber dem parlamentarischen System etwas forsch, so bedeutet die Haltung des Kanzlers immerhin die Bereitwilligkeit, die großen Parteien an der Verantwortlichkeit der Regierung teilnehmen zu lassen, und es bleibt abzuwarten, inwieweit diese auf die neue Brücke zu treten gewillt sind, die vielleicht einmal zum parlamentarischen Regime hinüberführt.

Die nachfolgenden Reden der Mehrheitsparteien des Reichstags waren durchgängig auf den Ton des unbefangenen Festhaltens an der Friedensumgebung gestimmt. Für das Centrum sprach der Abg. Fehrenbach, für die Sozialdemokratie Scheidemann, für die Fortschrittliche Volkspartei v. Payer. Der sozialdemokratische Redner rief dem neuen Kanzler zu: Einem Reichskanzler, der die Friedensresolution des Reichstags nicht aus Ueberzeugung vertreten könne, sei nur der gute Rat zu geben, einem anderen Platz zu machen, der sie aus Ueberzeugung vertreten kann. Wir brauchen auch einen Kanzler, der uns helfe, uns von dem preußischen Dreiklassenwahlrecht und von dem veralteten Obrigkeitstaat zu befreien und der den Weg zu neuen Regierungsformen eröffne. Der Reichstag möge sich aber in dieser Zeit als wahre und starke Volksvertretung bewähren. Was die Welt brauche, sei der Wille und die Kraft zum Frieden!

Namens der Gegner der Friedensumgebung sprachen Graf v. Westarp für die Konservativen, Prinz Schönau-Carolath für die Nationalliberalen, Wurmuth für die Deutsche Fraktion und Abg. Haase für die sog. unabhängigen Sozialisten, die sich aus Haß und Opposition gegen die Mehrheitssozialdemokratie immer mehr in die Abhängigkeit von den Friedensgegnern und Reaktionären begeben.

Schließlich nahm der Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 126 Stimmen bei 17 Enthaltungen die in Nr. 29 ds. Bl. im Wortlaut wiedergegebene Friedensresolution an.

Diese Entscheidung des Reichstages verkündet der Welt, daß das deutsche Volk bereit ist, den Krieg durch einen Frieden zu beenden, der weder Eroberungen noch Entschädigungen zur Voraussetzung hat. Es ist nicht möglich, bei gutem Willen diesen

Beschluß mißzuverstehen. Der klare Wortlaut der Resolution schließt jedes Mißverständnis aus. Deshalb halten sich die Gegner des Beschlusses auch weniger an die Resolution, wie vielmehr an die Ausführungen des Reichskanzlers, der allerdings allerlei gesagt hat, was man so oder auch anders verstehen kann. Solche Gegner haben wir sowohl im Reiche, als auch bei unseren Feinden. Die ersteren, die den Krieg fortgesetzt wünschen, bis den Feinden ein Frieden diktiert werden kann mit Eroberungen und Kriegsschädigungen, berufen sich auf die vom Kanzler hervorgehobene Sicherung der Grenzen und auf den Vorbehalt: Der Kanzler habe der Resolution nur zugestimmt, wie er sie verstehe. Die Feinde draußen wiederum zitieren diese alldeutschen und annexionsistischen Deutungen, um zu beweisen, daß der neue Kanzler ganz wie sein Vorgänger geredet habe und daß Deutschland noch immer der Welt einen deutschen Frieden mit Länderraub und Erpressung von Milliardentributen aufzwingen möchte. Von der Reichstagsumgebung schweigen sie natürlich.

Daß die Friedensresolution bei diesen Kriegsschreibern versagen würde, war wohl zu erwarten. Um so nachhaltiger gestaltet sich aber hoffentlich ihr Eindruck auf den Teil aller Völker, der sich nach der Vermeidung des Blutvergießens sehnt. Denn die Wahrheit läßt sich nicht dauernd verhüllen, und es ist Wahrheit, daß die kompetente Vertretung des deutschen Volkes vor aller Welt den Willen zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen darzulegen hat und zugleich den Weg gewiesen zu einer dauernden Befestigung des Friedens. Dieser Entschluß ist um so höher zu bewerten, als die Friedensgegner in den Tagen vor der Entscheidung alles aufboten, um die Reichstagsmehrheit zu zerplittern. Für sie bedeutet das Abstimmungsergebnis des Reichstags eine verlorene Schlacht. Und auch die Kriegsbeher draußen mögen reden und schreiben so viel sie wollen, — über die Umdeutung des Deutschen Reichstags kommen sie nicht hinweg. Die Feuerschlünde an den Fronten werden nicht von heute auf morgen aufhören, Tod und Verderben zu speien — die neue russische Offensive, von England und Amerika erpreßt, hat sogar zu einer erfolgreichen Gegenoffensive der Mittelmächte geführt —, aber je weniger den Feinden das Glück der Waffen zuneigt, desto nachdrücklicher wird die Friedenspropaganda allenthalben einsehen und nicht mehr zum Schweigen gebracht werden können.

Auch an der Wahlrechtsverheißung des Deutschen Kaisers deuteten die Reaktionäre herum. Sie wollen herausgefunden haben, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht noch immer nicht das Reichstagswahlrecht zu sein brauche, und daß im Wahlalter, in der Wahlfähigkeit, Wählbarkeit und in der Wahlkreiserteilung die verschiedensten Abstufungen im Sinne der Bevorzugung des seßhafteren Bevölkerungsteils möglich seien. Müssen solche Ratgeberien schon an sich aufreizend wirken, so kommt die befremdende Tatsache hinzu, daß von dem in den Tagen der Kanzlerkrisis gemeldeten Rücktritt der fünf preußischen Minister, die das alte System des Dreiklassenstaats vertraten, nichts mehr verlautet. Sie wollen samt und sonders im Amte bleiben, nachdem Bethmann Hollweg zurückgetreten ist, und es darf damit gerechnet werden, daß sie ihren Einfluß benutzen, um die Wahlrechtsvorlage zu „verpreußen“ oder die Reform hinauszuschieben. Solche „Neuorientierung“ ist wenig geeignet, den inneren Frieden zu fördern und das Vertrauen zur Kriegführung zu stärken, und der Volksgorn muß

sich schließlich über dem Haupte des neuen Kanzlers entladen, der mit seiner Person für die Verwirklichung des Versprechens der Krone haftet und dennoch solches Treiben duldet.

Daß das Festhalten des Kanzlers an seiner persönlichen Führung der Reichspolitik den Verherrlichern des alten Obrigkeits- und Untertanenstaats gefällt, ist leicht verständlich. Man hofft denn auch auf jener Seite, in dem neuen Reichskanzler den starken Mann gefunden zu haben, der allen demokratischen Neigungen der Volksvertretung einen eisernen Niegel vorzieht. Ob Herr Michaelis in sich den Beruf verspürt, diese Hoffnungen der Junter und Industrieseudalen zu erfüllen, wissen wir nicht. Aus seiner Antrittsrede im Reichstage sind solche Schlüsse nicht zu ziehen; aus ihr war eher die Neigung zur Verständigung und Nachgeben auf halbem Wege zu entnehmen. Er möchte es mit niemand verderben, besonders nicht mit den großen Parteien. Die starke Betonung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches, der nicht geschmälert werden dürfe, schließt das ebensowenig aus wie sein bekundeter Wille, sich die politische Führung nicht aus der Hand nehmen zu lassen. Denn das parlamentarische System läßt sich natürlich auch einem Bundesstaat, wie es das Deutsche Reich ist, anpassen, und daß der leitende Staatsmann immer der Führer bleiben muß, auch wenn er seine Macht mit der Volksvertretung teilt, versteht sich am Rande. Er wird durch diese Machtteilung um kein Jota ärmer an Macht, sondern kann nur gewinnen, wenn die Volksvertretung hinter ihm und seiner Politik steht. Der Parlamentarismus verlangt jedoch, daß der Staatsmann zurücktreten muß, wenn er sich nicht mehr auf das Vertrauen der Volksvertretung stützen kann, weil der Wille des Volkes nicht duldet, daß die Regierung gegen die Volksvertretung geführt werde.

Die Festigkeit des Reichstages in der Kundgebung seines Friedenswillens berechtigt zu der Erwartung, daß er in der Durchsetzung seiner innerpolitischen Ziele ebenso fest bleiben wird. Und hierin allein liegt die Gewähr für die Demokratisierung Deutschlands. Bis jetzt ist noch wenig erreicht, und für Siegeshymnen wäre es verfrüht. Der Reichstag ist bis zum September in die Sommerferien gegangen — Michaelisferien nennen es spottend die Fortschrittsfeinde —, aber mit dem Recht des Reichstagspräsidenten, nach Bedarf das Haus jederzeit zu weiteren Sitzungen einzuberufen. Hoffen wir, daß in dieser Zeit weder das deutsche Volk noch seine Vertretung an der nötigen Wachsamkeit nachlassen und dann im entscheidenden Fall auch die erforderliche Fähigkeit bekunden wird, die als notwendig erkannten innerpolitischen Reformen durchzusetzen!

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Kriegskonjunktur und Industrierentabilität. — Die Produktionsbedingungen der deutschen Industrie. — Gewinne der Aktiengesellschaften in den Jahren 1913, 1914 und 1915. — Die Abschlüsse für 1916. — Verteilung und Aufspeicherung der Gewinne.**

Ein wirtschaftlicher Robilmachungsplan war bei Ausbruch des Krieges nicht vorhanden. Dennoch konnte die deutsche Industrie den ihr aus der Kriegführung erwachsenden Aufgaben gerecht werden, so gewaltig die Anforderungen auch waren, die an sie gestellt werden mußten. Sie hat Schwierigkeiten überwunden, die als unüberwindlich galten und

gelten konnten, weil erst unter dem ehernen Zwang der Verhältnisse neue Möglichkeiten erschlossen wurden. Alles das aber hatte den technischen, organisatorischen und finanziellen Hochstand zur Voraussetzung, den die meisten Unternehmungen der maßgebenden Industriezweige bei uns aufwiesen. Ohne Uebertreibung kann die Feststellung getroffen werden, daß die Industrie keines anderen kriegsführenden Landes eine gleiche Höhe der Entwicklung erreicht hatte. Nur dieser gewaltige Vorsprung konnte einen Ausgleich für die ungeheuren Hemmnisse geben, die der Produktion aus der fast völligen Unterbindung der Zufuhr von den wichtigsten Rohstoffen entstanden. Andererseits ergab sich aus der Abschnürung des deutschen Exports eine Stärkung der verfügbaren Mengen von Rohstoffen ausländischer Herkunft, deren Ergänzung von außen her zum allergrößten Teil bald unterblieb. Zweifellos haben auch mannigfache Industrien des Auslandes, vor allem Englands, während des Krieges einschneidende Reorganisationen erfahren, aber dort vollzog sich dieser Prozeß unter unendlich günstigeren Bedingungen; die Engländer konnten die Umstellung ihrer Unternehmungen für die Produktion von Kriegsgerät und Munition sehr lange ungestört durchführen, weil sie zunächst auf die Produktion ihrer Betriebe nicht unbedingt angewiesen waren, denn Amerika stand mit schier unermesslichen Lieferungen zur Verfügung. Durch die besondere Lage der deutschen Industrie wurde die Erzeugerwirtschaft mit ihren technischen Wundern hervorgerufen, die ihre Bedeutung in einer kommenden Friedenszeit auf vielen Gebieten behält und dadurch einen keineswegs zu unterschätzenden Fortschritt bedeutet.

War Deutschland ganz auf sich selbst gestellt, so ging das Ziel der Kriegswirtschaft ausschließlich dahin, die erforderliche Produktion heranzuschaffen, die Frage der Erzeugungskosten wurde überhaupt nicht gestellt oder trat zunächst gegenüber der Lösung der Bedarfsdeckung fast völlig in den Hintergrund. Darin zeigten sich die schweren Mängel des Fehlens eines wirtschaftlichen Robilmachungsplanes nur zu deutlich; die spätere Schaffung kriegswirtschaftlicher Organisationen hat die Folgen dieser Unterlassung nicht entfernt wettmachen können. Abgesehen von den erhöhten Schwierigkeiten der Produktionsbeschaffung, stiegen dabei die Kosten unendlich, und nicht nur die staatlichen Lieferungen wurden dadurch enorm verteuert, das gesamte Wirtschaftsleben trat in das Zeichen der Preistreibereien, deren Dämpfung bei einem planmäßig vorbereiteten Vorgehen immerhin in einem beträchtlichen Umfange möglich gewesen wäre. Für die Produktion hätte ein derartiger Zustand wohlthätigere Folgen gehabt als die so vielfach zügellosen Preis- und Gewinnsteigerungen, deren augenblicklicher Vorteil für die beteiligten Unternehmungen nicht über Nachteile hinwegtäuschen kann, die sich erst später offenbaren werden. Auch in diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die in starken Kartellen zusammengefaßten Industriezweige sich in den ersten zwei Kriegsjahren in ihren Preisforderungen wesentlich maßvoller gehalten haben als die weniger straff oder gar nicht organisierten Betriebe.

Je länger je mehr sind fast alle Geschäftszweige in den Strom kriegsindustrieller Tätigkeit hineingezogen worden, und sie erlangten dadurch eine gegenüber den Ergebnissen der Friedensjahre wesentlich gesteigerte Rentabilität. Nicht teilgenommen an der Kriegskonjunktur haben nur wenige Gewerbe, deren Ausfälle, so nachhaltig sie privatwirtschaftlich von den

Beteiligten empfunden werden mögen, gegenüber den enormen Profiten der übergroßen Mehrzahl der Unternehmungen aller Art verschwinden. An sich führte die sprunghafte Ausdehnung der Produktion zu einer wachsenden Steigerung der Gewinne, die natürlich durch die fortwährenden Preissteigerungen, selbst unter Berücksichtigung der Verteuerung der Selbstkosten, sich rapid erhöhten. Eine besondere Gewinnquelle bildeten die Vorräte an Waren, die mit überaus hohen Preisauflägen sofort Verwendung fanden. Dabei vollzog sich ein großes Aufräumen; Warenbestände, die in normalen Zeiten nur mit Verlust loszuschlagen gewesen wären und eigentlich nur noch als Ladenhüter gelten konnten, erbrachten wahre Liebhaberpreise. Für viele Zweige der Kriegsindustrie ist jedes Vertriebsrisiko in Fortfall gekommen, die eigentliche kaufmännische Tätigkeit hat sich hier vereinfacht und verbilligt.

Eine vergleichende Darstellung der wirklich erzielten Kriegsgewinne kann bei der mangelnden Klarheit, die die Bilanzierungsmethoden der Aktien-

gesellschaften auszeichnet, auch für die Aktienbetriebe nur teilweise gegeben werden. Eine solche Untersuchung für die wichtigsten Betriebe von 19 Industriegruppen hat die „Frankfurter Zeitung“ vorgenommen; veröffentlicht wurden deren Ergebnisse in der Zeit von Mitte Oktober vorigen Jahres bis Januar 1917. Diese Statistik erstreckt sich auf die Jahre 1913, 1914 und 1915 und schließt auch Gesellschaften ein, deren Geschäftsjahr bis in die Mitte des Jahres 1916 reicht. Der Reingewinn der darin berücksichtigten 416 Gesellschaften ist in den drei Jahren von 578 Millionen auf 594 und 891 Millionen gestiegen, obwohl für Abschreibungen und Rückstellungen vor Ermittlung des Reinertrages im ersten Kriegsjahr 120 Millionen und im zweiten Kriegsjahr sogar 304 Millionen Mark mehr aufgewendet wurden als im letzten Friedensjahr. Das Grundkapital der untersuchten Gesellschaften betrug im Nennwert 4337 Millionen Mark. In der Zusammenfassung ergibt die Statistik der „Frankfurter Zeitung“ folgendes Bild:

Gruppe	Jahr, der Bericht Gesellschaft Grundkapital (in 1000 M.)	Abschreibungen und Rückstellungen von Reingewinn (in 1000 M.)			Reingewinn ohne Vortrag (in 1000 M.)			Durchschnitts- Dividenden in Prozent			Dividenden, Sondergewinne usw. (in 1000 M.)			Rückstellungen a. Gewinn einchl. Vortragserhöhung (in 1000 M.)		
		1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16
		Berg- u. Hüt- tenwerke ...	39 1643,8	186133	186014	262925	207164	194199	326507	9,00	7,70	12,20	140102	124142	200790	56463
Braunoblen- industrie ...	20 231,85	21902	21850	25895	29819	26476	29880	10,40	9,70	10,80	24039	22487	24972	2969	2751	2179
Stahlwerke, Metall usw.	31 180,55	14326	19677	37392	26347	42687	85368	9,83	13,00	20,71	17756	23651	37400	5604	22589	42225
Maschinen ...	29 252,23	21874	20639	34049	33287	29462	46809	8,60	7,70	12,30	20687	19558	31101	8936	5927	8147
Schiffswerften	13 77,57	10947	13372	17217	3636	8032	10344	3,85	5,60	7,76	2996	4344	6024	996	2872	3323
Automobil- industrie ...	14 87,35	7319	9154	18933	11154	19587	38023	7,60	11,36	18,42	5976	9120	15355	3455	7417	18711
Elektr. Industrie	20 727,80	27804	35753	49000	77465	84461	103927	9,12	9,35	10,40	60064	64810	74146	9290	11024	16425
Zement ...	20 77,13	6590	4741	4027	10514	5286	—35	9,41	4,80	1,88	7248	3699	1452	1698	1087	—1298
Chem. Industrie	20 345,45	36223	36484	50378	85516	71272	90920	20,88	15,29	17,73	60165	48426	61240	12179	13981	16650
Sprengstoffe ...	16 91,75	5656	8558	12361	10598	16787	44980	14,23	14,26	22,75	8716	12724	20870	632	2119	17881
Textilindustrie	46 169,85	11341	16078	17344	20061	28233	33095	8,72	9,84	11,24	14803	16718	19089	2214	8598	12235
Gummi ...	18 52,57	7822	7789	9082	10824	10542	12192	17,24	13,31	14,99	9067	7001	7885	2055	3300	3474
Zellstoff, Papier	19 69,25	7383	12735	6936	10201	—6816	3024	10,60	3,70	4,60	7362	2585	3229	1300	—1281	300
Leber ...	20 47,65	2300	8606	21056	6331	13715	21243	6,00	12,00	19,60	3176	5616	9103	1162	6431	4120
Schuhfabriken	11 28,80	1932	2040	3863	2829	4168	5051	7,00	9,00	13,00	1955	2670	3100	464	1370	1969
Mühlen ...	17 36,29	2276	3642	3957	3771	9849	5992	7,03	10,53	10,79	2554	3833	3915	879	3297	1171
Zuckerfabriken	18 67,81	8024	5309	4445	10784	22320	18096	15,90	32,90	26,70	7698	13300	12479	809	5551	2803
Brauereien ...	30 107,58	10453	10963	11795	16616	16885	17748	8,41	9,29	9,52	8952	10001	10238	4951	3707	4165
Hotels ...	15 42,20	3727	5117	2744	1187	—3355	—1290	4,67	0,01	0,01	1972	290	290	1836	1923	177
Zusammen ...	416 4237,1	289122	428821	593399	578155	593790	891519	9,55	9,01	12,51	405278	394975	542678	117980	175288	268564

Auch diese Berechnungen können noch keinen erschöpfenden Nachweis der ganzen Gewinnfülle geben, denn neben den nicht erkennbaren „stillen“ Reserven werden nur zu oft auch Sonderrückstellungen als Rücklagen für die Kriegsgewinnsteuer usw. mit Fleiß versteckt. Hinzu kommen ferner noch Gewinnausschüttungen durch Kapitalserhöhungen unter Bedingungen, die den Charakter der Sonderdividende deutlich erkennen lassen, aber sich der statistischen Feststellung entziehen. Für das Jahr 1916 und 1916/17 haben Aktiengesellschaften in langen Reihen ihre Dividenden und Gewinnverteilungen in sonstiger Form gegenüber dem Vorjahr noch erhöht, während die ausgewiesenen Reingewinne nicht die entsprechende Steigerung auswiesen. Das erklärt sich daraus, daß die Verwaltungen in den vorhergegangenen Jahren kolossale Abschreibungen und Rückstellungen gemacht haben, so daß sie sich darin nun mit Ruhe gewisse Beschränkungen auferlegen konnten. Aber die für die Gewinnverteilung bestimmten Summen lassen im Verhältnis zu dem gesamten, wirklich erzielten Gewinn auch nach wie vor noch sehr reichliche Rückstellungen zu, so daß für die

innere Kräftigung der Aktienunternehmungen weiter viel getan worden ist. Das war ein Gebot der Notwendigkeit, denn der Umbau, dem die auf die Erzeugung von Kriegsbedarf eingestellte Industrie unterworfen werden muß, wenn die Waffen ruhen werden, wird riesenhafte Mittel beanspruchen, sowohl an direkten Anforderungen als auch durch Einbußen, die bei der grundlegenden Veränderung der Verhältnisse für nicht wenige Betriebe unvermeidlich sein werden.

Berlin, den 23. Juli 1917.

Julius Kaliski.

## Kriegsfürsorge.

### Von den künstlichen Armen der Kriegsinvaliden.

Die furchtbaren Opfer, die der mörderische Krieg verursacht hat, werden in der großen Zahl der auf dem Schlachtfelde Verstümmelten für lange Zeit hinaus sichtbar zum Ausdruck kommen. Der organisierten Kriegsinvalidenfürsorge bleibt es vorbehalten, hier lindernd, aufrichtend und regelnd umfangreiche Aufgaben zu lösen. Die ärztliche Wissenschaft

und die Technik stellen sich in den Dienst der Sache, um zu heilen und die fehlenden Glieder durch künstliche Gliedmaßen zu ersetzen und um die Verfümmelten halbwegs wieder erwerbsfähig zu machen. Wenn auch Arzt und Techniker dabei ihr Möglichstes tun, so wird es aber doch nicht gelingen, die Arm- und Beinlosen wieder zu vollwertigen Menschen zu machen. Immerhin wird es möglich sein, die Schäden bis zu einem gewissen Grade auszugleichen, wenn alle Kräfte angespannt, alle wissenschaftlichen und technischen Hilfsmittel ausgenutzt, dem praktischen Leben und den Bedürfnissen angepaßt und vervollkommen werden. Gerade auf das letztere kommt es an. Wenn man bisher in Worten und Bildern nachzuweisen suchte, wie durch künstlichen Gliederersatz die Arbeitsfähigkeit bis zum äußersten gesteigert werden kann, so mag das zur Beruhigung und Ermutigung der Beschädigten sehr viel beitragen, bedarf aber jetzt dringend der Ergänzung insofern, als man sich die nunmehr vorliegenden praktischen Erfahrungen weit mehr zunutze machen muß. Theorie und Praxis sehen sich auch hier scharf gegenüber.

Vor einiger Zeit wurde in der „Zeitschrift für Krüppelfürsorge“ (November 1916) das Wesentlichste aus einem Vortrage des Landesrats Dr. Horion-Düsseldorf wiedergegeben, der die bei Verwendung künstlicher Arme auftauchenden Schattenseiten beleuchtet. Der Genannte will bei Lösung der Frage der Beschaffung geeigneter Prothesen nicht nur den Arzt und Techniker, sondern auch den Amputierten selbst miteinreden lassen. Eine Ansicht, die von der Arbeiterkassette seit Anbeginn der Kriegsinvalidenfürsorge vertreten worden ist und in dem leider noch vielfach unerfüllten Verlangen nach stärkerer Heranziehung von Arbeitern und Arbeitervertretern als Berufsberater ständig zum Ausdruck gebracht wurde. „Auf die Antwort“, so sagt Dr. Horion, „die der Amputierte über die Verwendungsmöglichkeit der Prothesen im Lazarett oder in den Lazarettwerkstätten gibt, können wir uns nicht unbedingt verlassen. Wir dürfen auf diese Erklärung noch weniger achten, wenn ihre Abgabe Bedingung dafür ist, daß er überhaupt aus dem Lazarett entlassen wird. Zahlreiche Gründe können ihn veranlassen, dann seines Herzens Meinung nicht zu sagen; er ist vielfach noch gar nicht in der Lage dazu, ein Urteil abzugeben, da sich seine Berufstätigkeit erst in der Heimat äußern wird. Auch muß er bei der Arbeit im Berufe erst sehen, wie sich seine Prothese bewährt. Die Beobachtung der Tätigkeit der Amputierten in den Lazaretten führt gleichfalls noch nicht zu einem richtigen Urteile. Die Arbeit ist dort nach der Leistungsfähigkeit der Kriegsbeschädigten ausgesucht. Im Erwerbsleben muß hingegen die Leistungsfähigkeit der Invaliden sich der auf dem Arbeitsmarkt vorhandenen Arbeit anpassen.“

Aus dieser Erkenntnis heraus sind dann in der Rheinprovinz mehrere Hundert Kriegsbeschädigte, die sich sämtlich schon mindestens seit einem Monat zu Hause befanden, untersucht worden. Dabei wurde festgestellt, daß von 356 Prothesen 310 zur Arbeit nicht benutzt und nur 46 zu praktischer Arbeit gebraucht wurden. „Es ist festgestellt worden, daß ein großer Teil der gelieferten Prothesen und noch mehr der Prothesenbefestigungen unbrauchbar ist und auch tatsächlich in dem jetzigen Zustande zu einer Arbeitsleistung von dem Amputierten nicht benutzt werden kann.“ Zu ähnlichen Ergebnissen führten Feststellungen in Westfalen, wo von 120 Prothesen 117 nicht benutzt und von den nicht benutzten allein 97 als unbrauchbar bezeichnet wurden, und in Posen, wo

von 47 Prothesen 40 nicht benutzt wurden und 33 unbrauchbar waren.

Die Befanntgabe dieser Feststellungen gab Veranlassung, ähnliche Untersuchungen auch in Leipzig vorzunehmen. Die Arbeitsvermittlungsstelle für Kriegsinvalide des Vereins Heimadant stellte die Adressen einer größeren Anzahl bereits entlassener und mit künstlichen Armen versehener Kriegsbeschädigter zur Verfügung und die gewerkschaftlichen Berufsberater unterzogen sich der Aufgabe, mit diesen Beschädigten in persönliche Verbindung zu treten und sie an der Hand von Fragebogen über die Art und Verwendungsmöglichkeit ihrer künstlichen Glieder zu befragen. Das Ergebnis ist folgendes:

Von 78 Einarmigen hatten eine Stelle erhalten 33 im Gewerbe und Handel, 15 bei der Post, 4 waren selbständig und 4 andere besuchten noch die Lehrwerkstätten, insgesamt 56. Es waren von 43 Kriegsbeschädigten genaue Angaben zu erlangen. Davon hatten 11 den ganzen linken Arm, 7 den linken Unterarm, 19 den ganzen rechten Arm, 4 den rechten Unterarm, 1 die rechte Hand und 1 den ganzen rechten Arm und den linken Unterarm verloren. Der letztere ist nur mit einem künstlichen linken Unterarm versehen, den er lediglich zur Einnahme seiner Mahlzeiten verwendet, während er sonst vollständig auf die Hilfe seiner Familienangehörigen angewiesen ist. Dieser Invalide kann demnach für die Beurteilung der Verwendung der künstlichen Glieder ausbleiben. Von den übrigen 42, unter denen sich Schwer- und Leichtarbeiter, Handlungsgehilfen und Angehörige freier Berufe befinden, waren nur 4 Verletzte, und zwar solche, die den Verlust des linken Armes ganz oder teilweise zu beklagen hatten, die bei Verwendung des künstlichen Gliedes keinerlei Beschwerden hatten und es dauernd bei Verrichtung ihrer Beschäftigung benutzten. Darunter befinden sich ein Bankbeamter, von dem anzunehmen ist, daß er nur körperlich leichte Beschäftigung verrichtet, ein Lagerist, der sich zum Teil auf eigene Kosten einen besonders leichten Arm (knapp 800 Gramm schwer) hat anfertigen lassen, ein Handlungsgehilfe, der nach dem Verfahren des Prof. Dr. Sauerbruch durch Nervenübertragung auf das dadurch willkürlich zu bewegende künstliche Glied behandelt worden ist und infolgedessen dieses Glied weder störend noch hinderlich empfindet, und ein Expedient, der nebenbei die Beschäftigung eines Reisenden ausübt und ebenfalls keinen Mangel an seiner künstlichen linken Hand wahrzunehmen hatte. Bei den meisten Invaliden aber war die Verwendungsmöglichkeit des künstlichen Gliedes eine äußerst beschränkte. Es wird in der Regel nur benutzt bei der Austeilung von Briefen, als Auflage beim Schreiben, zum Festhalten von Papier, zum Halten des Telephonhörers, in einem Falle auch beim Telegraphieren, nachdem eine geeignete Vorrichtung am Telegraphenapparat angebracht wurde, teilweise können auch nicht zu schwere Gegenstände gehoben werden, sonst aber nur bei ganz leichten Verrichtungen, die keine Kraftaufwendungen erfordern. Aber auch dann geht die Verrichtung nicht immer leicht vor sich. So sagt ein jetzt als Monteur tätiger Kriegsverletzter: „Ein Hochheben des künstlichen rechten Armes zur Verwendung beim Schreiben ist nur möglich, wenn der Oberkörper seitwärts gebogen wird. Da unter diesen Umständen der Körper fortgesetzt in schiefer Stellung bleiben muß, wird ein längerer Arbeiten sehr erschwert.“ Ein anderer schildert, wie er versucht habe, Papier zu zerreißen, wobei er den künstlichen rechten Arm auf das Papier drückte, um mit der linken Hand ab-

solchen im Interesse der Kriegsinvaliden notwendigen Erhebungen befolgt wird. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß ähnliche Erhebungen in anderen Städten zu ähnlichen Ergebnissen führen und Anlaß bieten werden, ganz allgemein auf die Beseitigung vorhandener Unvollkommenheiten und bestehender Mängel hinzuwirken. A. L.

### Arbeiterbewegung.

#### Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1916.

Die im verflossenen Jahr wahrnehmbar gewesene Neuerstärkung der schweizerischen Gewerkschaften findet nun in dem Jahresberichte des Gewerkschaftsbundes ihren zahlenmäßigen Ausdruck. Danach zählten die 21 Verbände Ende 1916 88 448 Mitglieder gegen 77 572 Ende 1915, 65 177 Ende 1914 und 89 398 Ende 1913. Im Berichtsjahre sind also 10 876 neue Mitglieder hinzugekommen, gegen 1914 23 271 und gegenüber 1913 ist die Mitgliederzahl nur um 950 zurückgeblieben. Nur 3 Verbände hatten Ende 1916 noch weniger Mitglieder als 1915, dagegen allerdings 11 weniger als 1913. Dabei handelt es sich besonders um die verschiedenen Berufsorganisationen der Bauarbeiter, aber auch um die Schneider, Buchdrucker, Lithographen usw. Erheblichen Mitgliederzuwachs erhielten die Verbände der Metall- und Uhrenarbeiter, Handels-, Verkehrs- und Lebensmittelarbeiter. Die Mitgliedertabelle bietet folgende Uebersicht über die in den letzten vier Jahren vorgekommenen Veränderungen:

	1916	1915	1914	1913
	Mitglieder			
Bauarbeiter . . . . .	942	292	304	1692
Buchbinder . . . . .	1087	966	906	1022
Friseur . . . . .	32	43	47	141
Gastwirtsgehilfen . . . . .	20	—	—	—
Gem.- u. Staatsarbeiter . . . . .	2908	2389	2422	2634
H. J. L. A. . . . .	7802	5452	4824	6581
Holzarbeiter . . . . .	4942	4174	3953	7371
Hutarbeiter . . . . .	261	239	256	276
Lederarbeiter . . . . .	1246	723	800	1208
Lithographen . . . . .	983	960	974	984
Lokomotivpersonal . . . . .	2635	2641	2629	2501
Maler und Gipfer . . . . .	1080	706	688	2551
Metall- und Uhrenarbeiter . . . . .	35730	21321	20904	82473
Graphische Hilfsarbeiter . . . . .	1555	928	1103	1240
Schneider . . . . .	1313	1047	983	2020
Steinarbeiter . . . . .	440	406	578	1078
Textilarbeiter . . . . .	5584	4194	4423	5576
Eisenbahnarbeiter . . . . .	14401	14073	14729	14696
Romanische Buchdrucker . . . . .	850	850	—	—
Schweizer . . . . .	3865	3723	3871	3919
Zimmerleute . . . . .	972	700	780	1450
<b>Total . . . . .</b>	<b>89398</b>	<b>65177</b>	<b>64972</b>	<b>88468</b>

Der Vergleich zeigt, daß mehrere Verbände, so die der Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder, Eisenbahner usw. sich in der Kriegszeit in der Hauptsache behauptet haben, während die Bauarbeiterverbände mit Einschluß der Holzarbeiter schwer gelitten haben.

Mit besonderer Freude erfüllt die relativ erhebliche Vermehrung der weiblichen Mitglieder, die mit 10 876 Ende 1916 das bisherige Maximum erreichten. 1915 zählte der Gewerkschaftsbund 6775, 1914 5519 und 1913 8692 weibliche Mitglieder, 1916 also um 2184 mehr als im letzten Friedensjahre. Die einzelnen Verbände haben daran folgenden Anteil:

	1916	1915	1914	1913
	weibliche Mitglieder			
Buchbinder . . . . .	293	262	163	182
Gem.- u. Staatsarbeiter . . . . .	84	74	38	—
H. J. L. A. . . . .	2458	1889	1349	1245
Holzarbeiter . . . . .	12	360*	12	6
Hutmacher . . . . .	20	19	19	34
Lederarbeiter . . . . .	201	111	106	121
Metall- und Uhrenarbeiter . . . . .	4600	1809	1800	4603
Graphische Hilfsarbeiter . . . . .	481	343	323	364
Schneider . . . . .	194	111	106	174
Steinarbeiter . . . . .	—	—	—	13
Textilarbeiter . . . . .	2530	1797	1603	1950
<b>Total . . . . .</b>	<b>10876</b>	<b>4775</b>	<b>5519</b>	<b>8692</b>

Es sind demnach 10 von den 21 dem Gewerkschaftsbund angehörigen Verbänden, die weibliche Mitglieder zählen. Den größten Anteil daran haben die Uhrenarbeiter, Textil-, Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter, graphischen Hilfsarbeiter, Buchbinder usw.

Bemerkenswert ist die Konzentration der Kräfte, die sich in der Verminderung der außerhalb des Gewerkschaftsbundes stehenden Verbände betundet. Im Jahre 1916 hat sich der Militärschneiderverband (der freilich in den allgemeinen Schneiderverband gehört) dem Gewerkschaftsbund angeschlossen; der Romanische Typographenbund hat sich mit dem Schweiz. Typographenbund verschmolzen, desgleichen der Gastwirtsgehilfenverband mit dem H. J. L. A.-V. (Verförmung für den Lebensmittelarbeiterverband). In jüngster Zeit haben die Eisenbahnerverbände des Rangierpersonals und der Weichenwärter ihren Anschluß an den Gewerkschaftsbund und der Verband des Zugpersonalverbandes seine Verschmelzung mit dem Lokomotivpersonalverband beschlossen, der dem Gewerkschaftsbund bereits angehört. Die unbetrieblige Behandlung der Eisenbahner durch die Verwaltungen während der Kriegszeit, namentlich bezüglich der Lohnverhältnisse, Teuerungszulagen usw., hat sie immer weiter links getrieben, gewerkschaftlich in den Gewerkschaftsbund, politisch zur Sozialdemokratie. So verschärft der Krieg die Klassengegensätze und Klassenkämpfe und der Burgfrieden ist längst durch die unwiderstehliche Realpolitik des Lebens überwunden worden.

Da ferner seit Neujahr die meisten Gewerkschaften weiteren Mitgliederzuwachs erfahren haben, dürfte heute der Gewerkschaftsbund 100 000 Mitglieder zählen.

Der Gewerkschaftsbund — nicht die einzelnen Verbände — hatte 1916 eine Einnahme von 28 163,82 Frank, 1915 von 28 160,97 Frank und 1914 von 31 799,22 Frank; Ausgaben von 21 977,19 Frank, 25 168,40 Frank und 27 329,74 Frank. Der Vermögensbestand betrug Ende 1916 13 466 Frank gegen 10 345,60 Frank in 1915 und nur 9,30 Frank Ende 1914, wo er also unter dem Einfluß des Krieges am Ende seiner Finanzen angelangt war.

Ueber die Lohnkämpfe und das Unterstützungswejen der Verbände enthält der vorliegende Bericht keine Angaben, die später in der „Gewerksch. Rundschau“ veröffentlicht werden sollen. Dagegen enthält er Mitteilungen über die Tätigkeit des Bundescomités und des Gewerkschaftsausschusses, über die Tätigkeit insbesondere des Arbeiterinnensekretariats, über die Sozialpolitik, die Kriegsmassnahmen der Behörden, über die Interniertenfrage, die staatliche Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslofen usw.

\*) Frauen der Mitglieder, die der Krankenkasse angehören, die 1914 und 1916 nicht mitgezählt sind.

zureißen. Bei dem Aufdrücken bog sich aber der künstliche Arm im Ellenbogengelenk und das Papier zog sich unabgerissen hervor. Dann habe er versucht, mit der künstlichen Hand ein Päckchen zu tragen, wobei er den Zeigefinger umbog und den Daumen dagegen drückte, so daß der Faden des Päckchens am Zeigefinger hing. Nach kurzer Zeit bog sich aber der Zeigefinger zurück und das Päckchen fiel herunter.

Dagegen geben 6 (33½ Proz.) Linksverletzte und 11 (45,8 Proz.) Rechtsverletzte an, daß sie das künstliche Glied zu nichts verwenden können. Es liegt die Annahme nahe, daß in allen diesen Fällen die Gewöhnung eine erhebliche Rolle spiele und daß die geringe Benutzung oder Nichtbenutzung der künstlichen Glieder meist nur bei solchen Verletzten zu verzeichnen sei, die erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit ein künstliches Glied erhalten haben. Dem steht aber die Tatsache entgegen, daß 6 der Befragten seit etwa 2 Jahren, 14 seit ungefähr 1½ Jahren, 2 ein Jahr lang, 8 ein halbes Jahr lang und nur einer erst kurze Zeit im Besitze des künstlichen Gliedes waren. Wenn auch selbst nach längerer Zeit die Frage der Gewöhnung nicht ganz auszuschalten sein wird, so dürften doch aber in der Hauptsache andere Gründe vorliegen, die zu so auffallend geringer Benutzung der künstlichen Glieder führen. Als solche Gründe werden in den Antworten der Kriegsverletzten durchweg angeführt Art und Beschaffenheit der Glieder selbst und außerdem die Art ihrer Befestigung, die vielfach abhängig ist und beeinträchtigt wird davon, daß zuweilen der natürliche Armstumpf zu kurz ist oder ganz fehlt, wodurch eine absolut sichere und haltbare Verbindung zwischen dem künstlichen Glied und dem gesunden Körperteil nicht möglich sei. Zweifellos ein Mangel, dessen Befestigung technisch aber nicht unmöglich sein sollte. Aber auch wo die natürliche Unterlage sich für eine bessere Verbindung mit dem künstlichen Glied eignet, sind doch die Klagen über schlechtes Sitzen und Verschieben sehr häufig. In solchen Fällen tritt dann fortwährende Lockerung ein, die lästig wirkt und jede Benutzung zur Unmöglichkeit macht. An der Befestigungsstelle wird ein starker Druck erzeugt, der ein unerträgliches Gefühl hervorruft.

Noch wesentlicher scheinen die Mängel, die auf die Beschaffenheit der künstlichen Glieder zurückzuführen sind. Vor allem wird darüber geklagt, daß sie häufig zu schwer sind. Ein künstlicher Arm im Gewicht von 5, 6 oder 7 Pfund muß, wenn er längere Zeit am Körper angeschlakt ist, entschieden unangenehm und lästig wirken, besonders wenn die Befestigungsart nicht ganz einwandfrei ist. So kehren denn auch immer die gleichen Klagen wieder, daß der Armstumpf wundgerieben wird, daß Schmerzen entstehen, daß der künstliche Arm unpraktisch ist und nur störend und hinderlich wirkt. Soweit Teile des künstlichen Gliedes aus Leder bestehen und am Körper anliegen, werden sie von Schweiß durchtränkt. Der Verletzte schwitzt im Sommer und friert im Winter an der amputierten Stelle und empfindet es besonders unangenehm, wenn er jeden Morgen die feuchten Lederteile wieder an den Körper bringen muß. Soweit die Kunstglieder aus Holz bestehen, sind sie vielfach zerbrechlich. Ueberhaupt wird von viel Reparaturen gemeldet; besonders läßt an künstlichen Händen die Spannkraft der Federn nach. Alle diese Mängel verhindern einen ständigen Gebrauch der künstlichen Glieder und führen schließlich dazu, daß selbst in Fällen, wo man den besten Willen und ein ausreichendes Maß von Energie bei dem Verletzten voraussetzen darf, das

künstliche Glied überhaupt nicht mehr angelegt wird, weil es „zu nichts zu gebrauchen“ sei. Auf Botengängen, zum Schutze des Armstumpfes, nur um den Verlust zu verdecken und damit der Mensch vollkommen erscheint, findet der Kunstarm dann noch Verwendung, aber selbst das ist, nach der Aeußerung eines Invaliden, ein bloßes Perumtragen und eine unnötige Anstrengung. „Den Kunstarm kann ich zu nichts gebrauchen, er ist mir im Leben nur hinderlich und lästig, ich trage ihn nur, um den Verlust des Armes zu verdecken,“ so sagt ein jetzt als Eisenbahnassistent tätiger früherer Vizefeldwebel und ein Student äußert sich so: „Das Tragen des Kunstarmes ist jederzeit lästig und verursacht ab und zu starke Schmerzen im Stumpf. Eine freiere Bewegung ist immer möglich, wenn der Arm nicht getragen wird.“ Man wird nach solchen Aeußerungen ermessen können, um wieviel lästiger und hinderlicher die Verwendung eines künstlichen Armes bei der Ausübung körperlich schwerer Arbeit sein muß.

Aus solchen Feststellungen darf aber keineswegs der Schluß gezogen werden, daß künstliche Glieder im gewöhnlichen Leben wie bei der Berufsausübung überhaupt nicht zu verwenden und daher abzulehnen seien. Wir sind vielmehr überzeugt, daß nach Befestigung der geklagten Mängel — Verminderung des Gewichtes, Verwendung besseren Materials, zweckmäßigere Befestigung usw. — auch aus scheinbar Unbrauchbarem etwas sehr Brauchbares geschaffen werden kann. Und es scheint auch jeder Zweifel daran überflüssig, daß es technisch durchaus möglich ist, die erforderlichen Verbesserungen durchzuführen.

Die in Leipzig erfolgten Feststellungen sind auch bei der ärztlichen Leitung der Leipziger Lehrwerkstätten für Kriegsbeschädigte entsprechend gewürdigt worden. Die Leitung nimmt wohl mit Recht an, daß es sich bei all den Mängeln in der Hauptsache um Kunstarme handelt, von denen früher sehr viele verordnet worden sind. Erst durch die orthopädische Abteilung der Lehrwerkstätten ist der sogenannte Uebungsarm eingeführt worden, den die Kriegsverletzten zunächst zur Arbeit in den Lehrwerkstätten verwenden. Wenn sie mit diesem Uebungsarm einigermaßen arbeiten können, wird ihnen ein Arbeitsarm verordnet. Wer sich aber ungeschickt mit dem Uebungsarm benimmt, erhält zunächst gar keinen Arm, weil in solchen Fällen mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der Arm nicht getragen wird. Der ärztliche Leiter der Leipziger Lehrwerkstätten stellt auch fest, daß jetzt verschiedene Leute noch Operationen nach Sauerbruch vornehmen lassen, um dann eine entsprechende willkürlich bewegte Hand zu erhalten, von der anzunehmen ist, daß sie später fleißig benutzt wird. Im weiteren vertritt der leitende Arzt der Lehrwerkstätten die Ansicht, daß der Einarmer bezüglich der beruflichen Verwendung stets als Einarmer zu betrachten sein wird, der zur Hilfe seiner gesunden Hand noch einen Trag- oder Faßapparat zu erhalten hat. Deshalb möchte auch bei der Stellenvermittlung immer dieser Grundsatz berücksichtigt und in jedem Beruf alle die Stellen für die Einarmer aufgehoben werden, die wirklich von Einarmern ausgefüllt werden können. Das scheint sehr beachtenswert, ebenso die Anregung, die Arten der Einarmer-Beschäftigungen in den einzelnen Berufen möglichst statistisch festzustellen.

So zeigt sich, daß das Ergebnis der Nachprüfung über die Verwendung der künstlichen Arme auch zugleich den Weg weist, wie bessernd eingegriffen werden kann. Das ist ja auch die Absicht, die mit

dürfnisse ist. Nichtsdestoweniger ist es das unbestreitbare Verdienst der Gewerkschaften, alle diese Bewegungen, von denen so manche auch rein impulsiv aus dem inneren Drange der Empörung heraus zum Ausbruche kommt, in die geregelte Bahn des gewerkschaftlichen Kampfes zu leiten und so auch die beste Garantie für den Erfolg zu schaffen.

Die solcherart geschaffenen Erfolge sind nun zwar nur bis zu einem bescheidenen Grade geeignet, die Not, welche die Teuerung hervorruft, zu mildern. Zifferngemäß bedeuten sie jedoch sehr viel und erhöhen infolge der überaus großen Anzahl von Arbeitern, die sie erfassen, das vor dem Kriege recht niedrige Lohnniveau in Oesterreich bedeutend. Die markanteste dieser Bewegungen, die übrigens auch sonst die allgemeine Aufmerksamkeit anderer Umstände wegen erregte, ist erst vor einigen Wochen in der Wiener Metallindustrie vor sich gegangen. Es waren hieran zirka 65 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt und wurden Kriegsteuerungszulagen für Vollarbeiter von 20 Kronen pro Woche (bei einem Wochenverdienst bis zu 50 Kronen) bis zu 7,50 Kronen herunter (bei einem Wochenverdienst über 10 Kronen) nebst Zuschlägen für Frau und Kinder (bis zum Höchstbetrage von 13 Kronen) erzielt. Für Vollarbeiterinnen beträgt die erreichte Teuerungszulage 5 Kronen die Woche (bei einem Wochenverdienst bis zu 50 Kronen) und hierzu eine Kinderzulage bis zum Höchstausmaße von 10 Kronen pro Woche.

Garantierte Mindestverdienste wurden bei dieser Lohnbewegung in folgender Höhe durchgesetzt: für vollwertige Professionisten und diesen gleichzuwertende Hilfsarbeiter 65 Kronen wöchentlich; qualifizierte Hilfsarbeiter, wenn sie noch keine zwei Jahre beim Berufe sind, 60 Kronen; ungelernete Hilfsarbeiter (Tagelöhner) 50 Kronen; Arbeiterinnen, über 18 Jahre alt, nach mindestens sechswöchiger Beschäftigung 35 Kronen; unter sechswöchiger Beschäftigung 30 Kronen; männliche jugendliche Hilfsarbeiter unter 17 Jahren 30 Kronen; weibliche jugendliche Hilfsarbeiter unter 18 Jahren 24 Kronen; Lehrlinge im ersten Halbjahre der Lehre 10 Kronen, im zweiten Halbjahre 20 Kronen. — Zu diesen garantierten Mindestlöhnen kommen noch die bereits genannten Familienzulagen dazu.

Angeichts der großen Teuerung bedeuten ja, wie bereits gesagt, diese Löhne nicht viel; um so mehr jedoch im Vergleich mit den in normalen Zeiten in Oesterreich üblichen Löhnen. Die Unternehmepresse wütet auch bereits über diese von der Gewerkschaft unter Beihilfe der Behörden erzielten Löhne. Da jedoch der von ihr heute schon energisch geforderte „Abbau der Löhne“ den schärfsten Widerstand der Arbeiter hervorrufen würde, ist sicher mit einer Periode der heftigsten Lohnkämpfe nach der Wiederkehr normaler Verhältnisse zu rechnen.

Daß übrigens die Centralverbände heute schon daran denken, sich für diese kommende ernste Zeit beizeiten zu wappnen, ist aus mancherlei Erscheinung im inneren Organisationsleben zu ersehen. Insbesondere der Gedanke, durch die straffere Centralisation die organisatorische Kraft zu stärken — ein Gedanke, der sich in dem vielsprachigen Oesterreich weit schwerer als in einem einheitlichen Nationalstaate durchsetzt — gewinnt sichtbar immer mehr an Boden. So haben in der letzten Zeit die Verbände der Bau- und der Lebensmittelindustrie sowie die den Gewerkschaften nahestehenden Beamtenorganisationen Kartelle zur Durchsetzung gemeinsamer Zwecke geschaffen,

die wohl in absehbarer Zeit auch zu einem näheren organisatorischen Zusammenschlus führen werden.

Noch deutlicher kam jedoch das Fortschreiten des besagten Gedankens auf den jüngst stattgefundenen Verbandstagen der Buchdrucker und der Bauarbeiter zum Ausdruck. Der Verband der Buchdrucker besteht aus 15 vollkommen autonomen Landesvereinen, die zwar ein einheitliches Unterstützungsweesen, aufgebaut auf dem System der gegenseitigen Verrechnung, und einen einheitlichen, das ganze Reich umfassenden Lohntarifvertrag haben, im sonstigen aber von jeher sehr aufmerksam über ihre Landesautonomie wachten. Die Lehren des Krieges und noch mehr die des großen Lohnkampfes von 1913/14 haben sie nun veranlaßt, unter Freigabe eines Bruchteiles dieser Autonomie einen einheitlichen Verbandsbeitrag (2,35 Kronen pro Woche nebst den Lokalbeiträgen) einzuführen, von welchem die Unterstützungen, die sonstigen gemeinsamen Organisationsausgaben und die Kosten der Lohnbewegungen gedeckt werden sollen. Im übrigen bleibt die Autonomie der Landesvereine unangetastet. — Bei den Bauarbeitern wurde die straffere Centralisation in der Weise durchgeführt, daß nunmehr die Zweigorganisationen (Ortsgruppen) zu je einer Ortsgruppe für ein Lohntarifgebiet zusammengelegt werden und weiter durch die Uebernahme der bisher von den Zweigorganisationen bestellten Lokalbeamten zu Lasten der Centrale. Die letztere Aenderung bedingte natürlich auch eine entsprechende Erhöhung der Verbandsbeiträge, die gleichzeitig mit einer Vereinfachung des Unterstützungsweesens beschlossen wurde.

Man sieht: Unter dem Drucke der grausamen Kriegeslehren marschiert trotz aller Hindernisse der Centralisationsgedanke in den österreichischen Gewerkschaften!

J. Gr.

## Kongresse.

### 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Köln a. Rh., 27.—30. Juni.

Durch den Krieg und die dadurch veranlaßte Einziehung eines großen Teils der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist die Zahl der Teilnehmer der Generalversammlung erheblich herabgemindert. Immerhin waren anwesend: 118 Delegierte mit Mandat, 5 Vertreter des Vorstandes, 2 Vertreter des Verbandsausschusses, 2 Vertreter der Redaktion, 16 Bezirksleiter, 1 Vertreter des Verbandes der Kupfer Schmiede, 1 Vertreter des Verbandes der Maschinisten und Heizer, 1 Vertreter des Ungarischen Metallarbeiterverbandes, 1 Vertreter des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, 2 Vertreter des Dänischen Metallarbeiterverbandes, 1 Vertreter des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes, 1 Vertreter des Schwedischen Metallarbeiterverbandes und 2 Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Bericht des Vorstandes, der in zwei umfangreichen gedruckten Jahrbüchern vorlag, ergibt, daß der Verband am Schluß des Jahres 1915 insgesamt noch 234 307 Mitglieder hatte. Am Schluß des Jahres 1916 waren es 247 360 Mitglieder.

Im Jahre 1915 hatte der Verband an Einnahmen für Beiträge 8 456 991,20 Mk., im Jahre 1916 7 266 540,30 Mk. Doch sind dies nur die Summen für Beiträge an die Hauptkassa. Die Zuschläge, die die einzelnen Verwaltungsstellen erheben, die auch beträchtliche Summen ausmachen, sind nicht mit



Angeichts der verheißungsvollen Weiterentwicklung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung blickt denn auch das Bundescomité des Gewerkschaftsbundes zuversichtlich in die Zukunft, in der er das stärkste Bollwerk der schweizerischen Arbeiterschaft sein wird.

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter war im Jahre 1916 gezwungen, zweimal in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, um für das Hilfspersonal einen Ausgleich zwischen Einkommen und Teuerung zu schaffen. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Unternehmervereinigung, der Deutsche Buchdruckerverein, sich das erste Mal zwar mit den Gehilfen auf bestimmte Zulagen einigte, dem Hilfspersonal gegenüber sich aber nur zu Empfehlungen aufschwang. Die Unternehmer der einzelnen Druckorte reagierten erst auf die energische Vorstellung des Hilfsarbeiterverbandes. Es fanden allenthalben Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß Zulagen gewährt wurden. Allerdings sind diese Zulagen nicht überall erreicht worden, denn die Arbeiter verschiedener Orte zeigten wenig Neigung, sich durch ernstlichere Forderungen das zu holen, was unbedingt als ein Bruchteil des Ausgleiches für die drückende Teuerung gelten sollte, und doch herrschte überall Unzufriedenheit über die geringen Zulagen.

Später wurde für die Gehilfen eine zweite Teuerungszulage bewilligt; diesmal wurde aber in der betreffenden Bekanntmachung des Deutschen Buchdruckervereins das Hilfspersonal vollständig übergangen, obwohl die Unternehmer die Erhöhung ihrer Druckpreise um 30 Proz. gerade in der Hauptsache mit dem erhöhten Löhnen begründeten. Auch dieses zweitemal mußten erst Verhandlungen erzwungen werden, in denen zunächst für die größeren Druckorte weitere Zugeständnisse erzielt wurden, die sich prozentual denen der Gehilfen nähern. Aber nicht überall hatten die Unternehmer das notwendige Verständnis für die Not des Hilfspersonals, und so zwang die sich immer mehr verschärfende Teuerung einen erheblichen Teil der Mitglieder zur Abwanderung aus dem Beruf in die mehr lohnende Munitionsindustrie, so daß auch insgedessen der Verband einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen hatte. Während Ende 1915 6909 Mitglieder, und zwar 2392 männliche und 4517 weibliche, vorhanden waren, schloß das Jahr 1916 mit 6534, 1880 männlichen und 4654 weiblichen Mitgliedern ab. Den Verhältnissen nach war der Abgang an Mitgliedern nicht allzu erheblich, er betrifft ausschließlich männliche Personen. Daß die Zahl der weiblichen Mitglieder noch um 137 zugenommen hat, ist ein Zeichen der unverminderten Werbekraft des Verbandes, der im ersten Kriegsjahr ganz besonders unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatte; die dadurch eingetretene Mutlosigkeit ist jetzt vollständig überwunden, die im laufenden Jahre betriebene Agitation hat zufriedenstellende Erfolge aufzuweisen. Die Klassenverhältnisse sind bedeutend besser geworden, der Bestand hat sich von 80 000 auf 187 625 Mk. vermehrt; die Einnahmen sind allerdings mit 203 369 Mk. um rund 38 000 Mk. hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Der Uberschuß von rund 30 000 Mk. über die Ausgaben von rund 173 000 Mk. konnte hauptsächlich darum erzielt werden, weil die Arbeitslosenunterstützung nur in der Summe von 8811 Mk. in Anspruch genommen werden braucht; über 46 000 Mk. wurden an Kranke und als Extraintersubstanz an Kriegerfrauen ausbezahlt. Die statutgemäßen Unterstützungssätze

konnten im Berichtsjahr wieder in voller Höhe eingeführt werden. Trotz des nominellen Mitglieder-rückganges ist also eine Verbesserung der Finanzlage eingetreten, aber auch eine innere Festigung des Verbandes ist dadurch zu konstatieren, als die verbliebenen Mitglieder regelmäßige Zahler geworden sind; denn die Anzahl der gezahlten Beiträge sind von 38 pro Kopf auf 44 gestiegen. Trotz aller Schwierigkeiten hat der Verband also das vorige Jahr gut überstanden und seine gesunde Fortentwicklung ist gesichert.

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im zweiten Quartal 754 Zahlstellen mit 77 612 Mitgliedern am Schlusse des Quartals. Die Gesamtzahl der Arbeitslosenfälle betrug 4918. Am letzten Tage des Quartals waren 465 Arbeitslose vorhanden. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 8107 Mk. verausgabt gegen 16 438 Mk. im ersten Quartal. Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 11,6 Tage gegen 12,4 Tage im vorigen und 12,7 Tage im zweiten Quartal des Vorjahres. Ähnlich entwickelte sich die durchschnittliche Unterstützung, die sich in den Berichtsmonaten auf 16,31 Mk. gegen 17,77 Mk. im ersten Quartal und 18,32 Mk. im zweiten Quartal des Vorjahres verringerte. Die Zahlen zeigen einen ununterbrochenen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Verbands, die zurzeit jegliche Bedeutung verloren hat.

#### Aus den österreichischen Gewerkschaften.

**Belegung der Gewerkschaftstätigkeit. — Lohnbewegungen und Lohnerhöhungen. — Fortschritte des Centralisationsgedankens.**

Seit längerer Zeit schon zeigt sich in den österreichischen Gewerkschaften — zumindest soweit ihre Mitglieder Heeresbedarf anfertigen und die betreffenden Betriebe deshalb Hochkonjunktur haben — ein ziemlich bemerkenswerter Aufschwung. Zwar ist in ihrer Gesamtheit die Periode der Mitgliederverluste noch nicht zur Gänze überwunden. Das ist wohl, solange noch der Krieg dauert, auch nicht zu erwarten, da dieser hier weit mehr als in Deutschland in das Gewerkschaftsleben eingreift. Die Ausdehnung der Dienstpflicht bis zum überschrittenen 50. Lebensjahre, das Kriegsdienstleistungsgesetz mit seinen organisationschädigenden und organisationsfeindlichen Tendenzen, die zeitweilige und bisher noch andauernde Besetzung weiter Staatsgebiete durch den Feind, die mit der Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit wieder einsetzenden nationalen Gegenpflichten: Dies alles und noch so manches andere läßt ein nennenswertes Erstarken aller Gewerkschaften vor Kriegsende nicht erwarten. Trotzdem jedoch ist schon seit längerem ein Ueberwinden des toten Punktes zu bemerken.

Zwar ist dieses nicht so sehr in der Mitgliederbewegung, als vielmehr in der Tätigkeit der Gewerkschaften bemerkbar. So läßt so manche der zahlreichen, durch den Krieg erzwungenen behördlichen Verordnungen recht deutlich den gewerkschaftlichen Einfluß erkennen. Noch deutlicher jedoch zeigt sich dieser in den zahlreichen Lohnbewegungen, die, angepaßt den Teuerungsverhältnissen, fast durchweg nur auf die Erhöhung der Löhne eingestellt sind, wodurch naturgemäß alle anderen Zweige des Arbeitsverhältnisses in den Hintergrund treten. Nun kann ja nicht geleugnet werden, daß eine der sichtbarsten Triebfedern aller dieser Lohnbewegungen die furchtbare Teuerung aller Lebensbe-

einbegriffen. Die Mindereinnahmen des Jahres 1916 sind darauf zurückzuführen, daß im ersten Halbjahr 1916 durch starke Einziehung zum Militär die Mitgliederzahlen sich weiter verringert haben, was erst durch Neuaufnahmen und Zurückstellungen gegen Ende des Jahres 1916 wieder ausgeglichen wurde.

An Unterstützungen hat der Verband im Jahre 1915 im Vergleich zu früheren Jahren nur sehr minimale Ausgaben gehabt, und zwar wurden gezahlt: 39 356,50 Mk. an Reisegeld, 60 965,65 Mk. an Umzugsunterstützung, 252 453,41 Mk. an Krankenunterstützung, 721 841,68 Mk. an Arbeitslosenunterstützung, 95,50 Mk. an Streitunterstützung, 2541,10 Mk. an Gemäßregeltenunterstützung, 40 045,65 Mk. an Notlagenunterstützung, 128 572,20 Mk. an Sterbegeld und für Rechtsschutz wurden 8463,16 Mk. ausgegeben. Im Jahre 1916 sind für die gleichen Zwecke ausgegeben: An Reisegeld 15 317,35 Mk., an Umzugsunterstützung 42 430,82 Mk., an Krankenunterstützung 652 605,55 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 324 355,22 Mk., an Streitunterstützung 755,45 Mk., an Gemäßregeltenunterstützung 1726,79 Mk., an Notlagenunterstützung 24 922 Mk., an Sterbegeld 131 003,10 Mk., für Rechtsschutz 9468,69 Mk.

Der Verband hatte im Jahre 1915 667 Lohnbewegungen, die sich auf 3416 Betriebe erstreckten. Beteiligt waren an allen Bewegungen 306 300 Personen. 648 Bewegungen mit 303 454 Beteiligten hatten vollen oder teilweisen Erfolg. 19 Bewegungen mit 2846 Beteiligten hatten keinen Erfolg. Im Jahre 1916 hatte der Verband 1242 Lohnbewegungen in 5261 Betrieben mit 669 017 Beteiligten. Es hatten 1237 Bewegungen mit 668 910 Beteiligten vollen oder teilweisen Erfolg. 5 Bewegungen mit 107 Beteiligten hatten keinen Erfolg.

Die obigen Zahlen geben ein anschauliches Bild davon, daß die Organisationsstätigkeit im allgemeinen, besonders aber auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine äußerst rege gewesen ist. Die Situation hierfür war in der Metallindustrie aber auch äußerst günstig. Das beweist schon die geringe Zahl der ohne Erfolg erledigten Bewegungen.

Der Vorstandsbericht weist besonders auf die ungeheuer gewachsene Zahl der in der Metallindustrie seit Kriegsbeginn beschäftigten Arbeiterinnen hin. Es ist das auf diesem Gebiete zusammengetragene Material in einer besonderen Schrift: „Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges“ niedergelegt und im Frühjahr 1917 veröffentlicht worden.

Ein besonderes Kapitel ist auch dem im Dezember 1916 in Kraft getretenen Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst gewidmet und auf die Notwendigkeit für die Arbeiter hingewiesen, sich mit den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes, besonders den §§ 9 und 13, vertraut zu machen. In diesen Paragraphen sind bekanntlich die Bestimmungen enthalten, die sich auf die Regelung von Differenzen einzelner Arbeiter und ganzer Betriebe beziehen.

Soweit der gedruckte Bericht.

Nach Konstituierung der Generalversammlung, Wahl des Bureaus, der Kommissionen usw. gab es zunächst eine längere Auseinandersetzung über die Geschäftsordnung der Tagung. Es wurden eine ganze Reihe von Ablehnungsanträgen der früher üblichen Geschäftsordnung gestellt. So verlangte ein Antrag, den Geschäftsbericht des Vorstandes in zwei Teile zu zerlegen, und zwar den allgemeinen Vorstands-

bericht als ersten Teil und die Stellung des Vorstandes zur Kriegssituation als zweiten Teil zu behandeln. Für den letzteren Teil sollte ein besonderer Korreferent ernannt werden. Außerdem verlangte derselbe Antrag für die Resolution Berlin, die eine grundsätzliche Stellungnahme des Vorstandes herbeiführen wollte, einem Berliner Redner unbeschränkte Redezeit zu gewähren, im übrigen aber die Redezeit für Diskussionsredner auf 20 Minuten festzusetzen. Beschlossen wurde, den Vorstandsbericht nicht zu teilen, aber einen Korreferenten zu stellen. Der Antrag, einem Berliner Delegierten unbeschränkte Redezeit zu erteilen, wurde abgelehnt und allen Diskussionsrednern 20 Minuten Redezeit zugestanden.

Im mündlichen Vorstandsbericht, den der Vorsitzende Schlicke gab, ging derselbe nur auf die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen ein und behandelte besonders die Vorgänge der letzten Zeit. Er trat scharf den Absichten entgegen, Streiks zu rein politischen Zwecken zu inszenieren. Des weiteren verurteilte er als durchaus nicht im Interesse der Arbeiter gelegen, das planmäßige Hinarbeiten darauf, die Führer den Massen zu entfremden und Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsleitungen in die Kreise der Mitglieder zu tragen. Es läge System in solchem Treiben, das zweifellos von solchen Leuten ausgeht, denen schon immer ruhige gewerkschaftliche Tätigkeit ein Dorn im Auge war. Man wolle die Gewerkschaften zu politischen Zwecken mißbrauchen, und da bei diesen Absichten die Gewerkschaftsleitungen im Wege seien, werde eine systematische Heiße gegen sie veranstaltet. Es geschehe das in besonders gehässiger Weise durch eine Reihe von Flugblättern, in denen die Gewerkschaftsleitungen, überhaupt die gewerkschaftliche Tätigkeit beschimpft und herabgemindert werde. Auch vor persönlichen Verunglimpfungen der einzelnen Personen in den Gewerkschaftsleitungen sah man nicht zurück und erdreiste sich sogar, den Leitungen der Gewerkschaften den schweren Vorwurf des Arbeiterverrats zu machen. Leider könne man niemand fassen, da diese Flugblätter stets anonym erscheinen, und niemand bisher sich gefunden hat, der bereit wäre, die Verantwortung für diese Flugblätter zu übernehmen. Einige dieser Flugblätter seien so gehalten, daß man unwillkürlich an die Zeiten des Sozialistengesetzes erinnert werde, wo Flugblätter von Polizeispizeln verfaßt und in die Menge geworfen wurden. Etwas Neues sei das ganze Treiben nicht, denn es hat bekanntlich leider schon mehrfach in der deutschen Arbeiterbewegung derartige Erscheinungen gegeben. Schon mehrfach hat die ruhige praktische Tätigkeit der Gewerkschaften unseren Parteidogmatikern nicht gefallen, aber immer wieder hat sich gezeigt, daß diese Versuche, die Tätigkeit der Gewerkschaften zu diskreditieren, nicht von nachhaltiger Wirkung waren, und steht deshalb auch hier zu erwarten, daß die gegenwärtig hochgehenden Wogen der Erregung einer ruhigen Ueberlegung Platz machen werden, und damit werde die Bahn wieder frei für die unbedingt notwendige Arbeit auf dem Gebiete der Herbeiführung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Praxis ist der Fels, an dem undurchführbare Theorien zerschellen. Die Gewerkschaften dürfen den praktischen Weg nicht verlassen, wenn sie nicht die Grundlagen ihrer Existenz aufgeben wollen. Sie müssen praktische Politik treiben. Die Generalversammlung müsse erklären, daß sie die bisherige Gewerkschaftstaktik trotz allem für richtig hält und daß sie nicht einverstanden ist mit der Agitation gegen die Gewerkschaften und ihre Leitung. Niemals könne es im

Interesse der Gewerkschaften und ihrer Tätigkeit liegen, die Gewerkschaftsleitung durch Verdächtigung im Ansehen herabzusetzen. Das hemme die Tätigkeit und bringe nur Zwiespalt in die Reihen der Arbeiter. Das aber sei ein ungeheurer Schaden für die Gesamtheit. Daß die Gewerkschaften Anlehnung an eine politische Partei suchen müssen, sei selbstverständlich, und zwar müßten sich die Gewerkschaften hierzu die Partei aussuchen, die ihnen zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter am geeignetsten erscheint, und diese Partei müßte dann von den Gewerkschaften so beeinflusst werden, wie dies im wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter gelegen sei.

Der Referent erklärte weiter, es sei notwendig, daß die Generalversammlung ausspreche, daß die selbstverständliche Voraussetzung der gewerkschaftlichen Betätigung ein freies Koalitionsrecht, die Beseitigung aller Hemmnisse auf dem Gebiete des Vereinsrechts sei, und daß sie ebenso eintritt für die Arbeiterversicherung wie für den Arbeiterschutz sowie für alle die Forderungen, die schon seit langem von uns auf allen Gewerkschaftskongressen aufgestellt sind.

Die Generalversammlung müsse weiter darauf hinweisen, daß sie für alle die Forderungen, die in dem Programm, das von Stockholm aus dem späteren internationalen Gewerkschaftskongress vorgelegt werden soll, eintritt, und daß sie diese Forderungen für eine geeignete Grundlage zur Herbeiführung des Friedens und als Gewähr für einen dauerhaften Frieden betrachte.

Der Referent nahm sodann noch Stellung zu dem Hilfsdienstgesetz und verteidigte die Ansicht der Gewerkschaftsvorstände in dieser Frage. Das Hilfsdienstgesetz ist da, und da gelte es, weil es sich doch nicht wegdiskutieren lasse, das, was auf Grund dieses Gesetzes möglich sei, zu tun, damit die Rechte und Interessen der Arbeiterschaft gewahrt werden.

Der Korreferent D i s m a n n - Frankfurt legte seinen Standpunkt dar, indem er forderte, daß die alten Grundsätze, die Jahrzehnte hindurch in der modernen Arbeiterbewegung ausschlaggebend waren, auch heute weiter vertreten werden. Er finde aber, daß das gegenwärtige Verhalten der Gewerkschaftsleitungen damit nicht übereinstimmt, und dies sei nicht vereinbar mit den Interessen der Arbeiter. Er befürchte, daß die Dienstbesessenheit gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien dazu geführt habe, daß man die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse über Bord geworfen habe, denn die Kriegspolitik der Gewerkschaften sei seiner Meinung nach nicht vereinbar mit der programmatischen Stellung der Gewerkschaften früherer Jahre. An Stelle des Klassenkampfes sei der Burgfrieden getreten. Man habe eine Interessengemeinschaft mit unseren Gegnern proklamiert, und diese Interessengemeinschaft sei beinahe zum Selbstzweck geworden. Kraftlos sei man nach oben geworden, um so kraftvoller aber gegenüber den eigenen Klassengenossen, die in der Politik des Entgegenkommens eine verderbliche und arbeiterschädliche Politik sehen. Die eigentlichen Träger der Kriegspolitik sind die Gewerkschaftsvorstände und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Mit der Kriegspolitik der Gewerkschaftsvorstände sei doch bisher nichts erreicht. In der Ernährungsfrage ist agrarisch Trumpf geblieben. Trotz der Berufung Schliedes in das Kriegsamt ist das Hilfsdienstgesetz ein Zwangs- und Ausnahmengesetz für die Arbeiter, und die Arbeitgeber nutzen es in diesem Sinne aus. Das Vertrauen der Arbeiter zu den offiziellen Führern ist wesentlich herabgemindert

infolge der Handlungen der Führer selbst. Namens eines wesentlichen Teils der Generalversammlung erklärte der Korreferent, daß sie in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ihre politische Interessenvertretung erblicken.

In der Diskussion wurde für und gegen von den verschiedensten Seiten lebhaft erörtert. Von hohem Interesse ist aus der Diskussion noch die Rede des Genossen L e g i e n, der hervorhob, daß die Gewerkschaften während des Krieges das geliebte seien, was sie vor dem Kriege waren. Die Gewerkschaften hätten keinen Grundsatze aufgegeben und kein Nota von ihren Zielen abgelassen. Der Korreferent D i s m a n n habe trotz seiner langen Ausführungen nicht gesagt, was denn nun eigentlich seiner Meinung nach hätte geschehen müssen, was man als die richtige Politik während des Krieges hätte bezeichnen können. D i s m a n n habe eine Agitationsrede, die für eine Volksversammlung paßte, gehalten. Wenn man aber unsere Politik vor der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes kritisiere, dann müsse man zeigen, wie es anders hätte gemacht werden können, und zwar nicht mit allgemeinen Redewendungen, sondern festumgrenzte, bestimmte Vorschläge hätten gemacht werden müssen. Das ist nicht geschehen. Nach D i s m a n n sollen wir uns in den Parteikonflikt gemischt haben. Wir hatten keine Veranlassung dazu. Wir hatten uns nur gegen den Versuch der Opposition, den Parteistreit in die Gewerkschaften hineinzutragen, gewehrt. Die Vorstandskonferenz hat sich seinerzeit gegen die Sonderbündelei gewendet, das war ihre Pflicht, und darüber werden wir dem Gewerkschaftskongress Rechenschaft ablegen. Bei dem Hilfsdienstgesetz haben wir erklärt, daß eine Mitwirkung der Gewerkschaften nur in Frage kommen könne, wenn die verschiedenen von uns aufgestellten Forderungen erfüllt werden. Dazu rechnen wir die Sicherung des Koalitions- und Versammlungsrechts, des Arbeitsverhältnisses und anderes mehr. Die Ablehnung des Regierungsentwurfs mit seinen vier Paragraphen habe er, Legien, gleich nach der ersten Lektüre vertreten. Gewiß hätte sich das Hilfsdienstgesetz ohne die Hilfe der Arbeiterorganisation nicht durchführen lassen, wohl aber die Militarisierung aller Betriebe. Es wird ja wohl bald auch eine ruhige Zeit kommen, in der anerkannt wird, was wir in der Kriegszeit im Interesse der Arbeiter geleistet haben. Dank erwarten wir nicht, aber von Leuten, die niemals mit der Arbeiterschaft in engem Zusammenhang gelebt haben, lassen wir uns nicht Verräter und Schufte nennen.

Es ist notwendig, daß die gegenwärtige Generalversammlung der größten Gewerkschaft der Welt eine Kundgebung beschließt, die die bisherige Politik des Verbandes für die richtige erklärt. —

Schließlich wurden der Generalversammlung zwei Erklärungen zur Beschlussfassung vorgelegt. Die erste Erklärung lautet:

#### Erklärung.

I. Die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erblickt in den Anträgen 25 und 27 bis 31 der Vorlage den Ausdruck des geselligen Bestrebens, den Verband von seinen Aufgaben und ihrer Durchführung abzubringen und ihn weit gesteckten politischen Zielen dienstbar zu machen. Diesen Zweck sollen die in Wort und Schrift ausgesprochenen Herabsetzungen der Gewerkschaften, ihrer Leistungen und Erfolge sowie die Verdächtigungen ihrer Leitungen und Vertrauensmänner fördern. Diese Agitation soll zunächst die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bestehende Mißstimmung über die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen

und, unter letzteren besonders über die mangelhafte Regelung der Volksernährung, auf die Gewerkschaften und auf ihre Leitungen wegen ihrer angeblichen Talentlosigkeit übertragen und sie für alle die Arbeiterschaft mehr oder weniger bedrückenden Kriegsmaßnahmen verantwortlich machen. Indem den Arbeitern unter Hinweis auf die Stellung der russischen Arbeiterschaft zu der gegenwärtigen Revolution eine Kräftentzückung, die sie nach den heutigen Machtverhältnissen gar nicht haben kann, vorgespiegelt wird, soll sie für große politische Massenbewegungen begeistert und zu demonstrativen Arbeitseinstellungen mit politischen Zielen veranlaßt werden. Enden solche Bewegungen, wie leicht vorauszusehen, mit einem Mißerfolg, dann wird dieser wieder den Gewerkschaften und ihren Leitungen zur Last gelegt.

Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Erleichterung des auf der Arbeiterschaft lastenden Druckes, verschweigt die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Erfolge den gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig beschieden sein können. Diese Agitation ist aber auch verhängnisvoll, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lastenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Hoffnung auf baldigen völligen Zusammenbruch Deutschlands stärkt, deren Angriffswut steigert, die Zahl der Kriegssopfer vermehrt und den Krieg selbst verlängert.

Unter dieser Feststellung lehnt die Generalversammlung die oben genannten Anträge ab, erhebt Einsprüche gegen das Bestreben, die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegungen in die Gewerkschaften hineinzutragen und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck des gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verbandsmitglieder vor der gekennzeichneten Agitationsweise, vor den ihr zugemuteten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allem im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und Verbandsfassungen stehenden Arbeitsniederlegungen. Sie fordert die Verbandsmitglieder auf, sich solchen die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitglieder gefährdenden Treibereien zu widersetzen.

II. Zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes bedarf die Arbeiterschaft einer gesicherten gesetzlichen Grundlage. Die Hemmnisse in der Ausübung des Koalitionsrechts durch § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung des Erpressungs- und Nötigungsparagrafen auf die gewerblichen Lohnkämpfe müssen durch Neuordnung des Koalitionsrechts beseitigt werden. Die Generalversammlung erwartet von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstage eine entschiedene Vertretung der Arbeiterforderungen im Sinne der Ausgestaltung aller die Rechte der Arbeiterschaft berührenden Gesetze. In sozialpolitischer Hinsicht fordert sie den wirksamen Ausbau des Arbeiterschutzes, eine durchgreifende Umgestaltung der Arbeiterversicherung, die Schaffung eines klaren und einheitlichen Arbeiterrechts, die Regelung der Arbeitsnachweisfrage, Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung und Förderung des gewerblichen Schlichtungswesens.

III. Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet die Generalversammlung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden als geeignete Grundlage für seine baldige Herbeiführung. Eine eifrige Wirksamkeit aller Arbeiterschaften im Sinne dieser Forderungen dient der Annäherung der verschiedenen Länder und damit einem dauernden Frieden.

Die zweite Erklärung hatte folgenden Wortlaut: Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands.

Bei Ausbruch des Krieges hat am 2. August 1914 eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften Deutschlands be-

schlossen, alle Lohnbewegungen abzubrechen und alle Streiks einzustellen. Trug dieser Beschluß auch zunächst den Studungen des Wirtschaftslebens Rechnung, die mit dem Kriegsausbruch eintraten, so erwies er sich doch für die Folge als äußerst verhängnisvoll für die Arbeiterklasse, denn er bedeutete praktisch den Verzicht auf das wichtigste Grundrecht der Arbeiter, auf das Streikrecht. Mit der freiwilligen Preisgabe des Streikrechts durch die Gewerkschaften Deutschlands wurde der Damm zerhört, der allein der Arbeiterklasse hätte wirksamen Schutz bieten können gegen die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung durch Lebensmittelverknappung und Preisfreiberei. Dabei wäre es verhältnismäßig leicht gewesen, diese Verschlechterungen abzuwehren, denn als sich die Industrie den Bedürfnissen des Krieges angepaßt hatte, trat bald ein Arbeitermangel ein, der sich durch die militärischen Einziehungen immer mehr steigerte. Statt mehr über die Arbeiter zu veranlassen, wenn notwendig, mit Hilfe von Arbeitseinstellungen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, bielten die Vorstände fest an ihrem Beschluß vom 2. August 1914. Und das geschah zu einer Zeit, in der Produzenten und Händler die Kriegskonjunktur rücksichtslos ausnützten und damit die Lebenshaltung der Arbeiter immer tiefer verarbeiteten.

Nur haben die Vorstände versucht, mit Hilfe von Eingaben und Bitten, dringenden Vorstellungen bei Behörden und Unternehmern die Lebensmittelteuerung und damit die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter abzuwehren, aber all diese Bemühungen konnten von vornherein nur völlig unzureichende Ergebnisse haben, weil ja die Unternehmer wußten, daß die Arbeiter ihre Forderungen nicht mit der Waffe des Streiks durchdrücken konnten. Daher kommt es, daß die Lohnerhöhungen, die den Arbeitern während des Krieges zugestanden wurden, weit hinter den Steigerungen der Lebensmittelpreise zurückbleiben.

So blieb den Arbeitern nur die Möglichkeit, durch Ausnützung der Freizügigkeit ihre Lebenshaltung zu verteidigen, indem sie aus den Betrieben mit schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen abwanderten. Die Unternehmer setzten nun alle Hebel in Bewegung, die Freizügigkeit der Arbeiter zu vernichten. Gegen die ersten Versuche dieser Art, die in Berlin gemacht wurden, protestierte die gewerkschaftliche Presse nach, und die „Metallarbeiter Zeitung“ schrieb sogar von einer glatten „Aufhebung der Freizügigkeit, des wichtigsten und unentbehrlichsten Grundrechts der Arbeiter“. Aber bei der Schaffung des Hilfsdienstgesetzes wurde auch dieser Standpunkt preisgegeben. So wurde ein wichtiges Recht der Arbeiter nach dem anderen geopfert. Als dann im April dieses Jahres unter dem Druck der Not die Arbeiter streikten und sich zum Teil ansehnliche Lohnerhöhungen errangen, da schenken die gewerkschaftlichen Instanzen nicht einmal davor zurück, diese streikenden Arbeiter moralisch zu verurteilen. Dabei hatte die Aprilbewegung der Arbeiterschaft — allerdings ohne Zutun der Vorstände — recht bedeutende Verkürzungen der Arbeitszeit gebracht, und zwar nicht nur in den Streikorten, sondern auch — als Nachwirkung der großen Streikbewegung — in anderen Städten. Dagegen hatten die Bitten und Beschwörungen der Vorstände nicht einmal die feste Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren können.

Von der gleichen Erfolgslosigkeit war die dreijährige Tätigkeit der Gewerkschaftsinstanzen auch auf dem Gebiet der Lebensmittelverteilung und der Preispolitik.

So sieht sich die Arbeiterschaft nach drei Jahren dieser Instanzenpolitik, nach der Preisgabe ihrer wichtigsten Grundrechte, trotz aller untertänigen Bitten und Eingaben, trotz aller Ergebenheitsadressen an den Reichsfanzler, in tiefster wirtschaftlicher Not, mit völlig unzureichenden Löhnen, mit überlanger Arbeitszeit, ohne jeden Schutz für Schwache, Frauen und Kinder.

Angesichts dieser Tatsache wird es die höchste Zeit, daß sich die Arbeiterklasse wieder auf ihre eigene Kraft befinnt! Deshalb rufen wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands auf, dafür zu sorgen, daß in ihren Organisationen wieder der alte Kampfesgeist und das alte Selbstbewußtsein einkehren, die den freien Gewerkschaften vor dem Kriege ihre Kraft und Stärke gaben. Bitter notwendig braucht die Arbeiterklasse selbständige, von den Regierungen und von den bürgerlichen Parteien unabhängige Organisationen. Sorge daher jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, daß seine Organisation diesen Anforderungen wieder entspricht.

Die Abstimmung ergab die Annahme der ersten Resolution in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 53 Stimmen. Die zweite Erklärung wurde mit 73 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Durch diese Abstimmung waren alle anderen grundsätzlichen Fragen erledigt.

Es folgte die Behandlung der sonstigen zum Vorstandsbericht vorliegenden Anträge. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Berlin, wonach der Vorstand ersucht wird, erneut bei den zuständigen Stellen Schritte zu unternehmen, damit die Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche wieder in Kraft gesetzt werden. Des weiteren ein Antrag, wonach der Vorstand veranlaßt wird, dahin zu wirken, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftsvorstände betreffend Uebertrittsbestimmungen während des Krieges aufgehoben werden.

Mehrere Resolutionen, die sich mit der rechtlichen Stellung der belgischen, polnischen und russisch-polnischen Arbeiter, das Versammlungs- und Vereinswesen betreffend sowie das Recht, unter gleichen Bedingungen wie die deutschen Arbeiter ihren Arbeitsplatz zu wechseln, beschäftigen, wurden einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag, wonach verlangt wird, daß die Feierschichten in der Kriegsindustrie bezahlt werden sollen. Dieser Antrag soll beim Kriegsamt vertreten werden, da die Arbeiter infolge der schier unerschwinglichen Preise für Lebensmittel sowie sonstige Bedarfsartikel auf die Bezahlung der durch die oben angeführten Gründe herbeigeführten Ausfälle an Lohn nicht verzichten können.

Weiter ist beschlossen, daß allen Angestellten des Verbandes rückwirkend vom 1. Juli 1916 ab eine monatliche Teuerungszulage in Gestalt einer Gehaltserhöhung von 12 1/2 Mk. gezahlt werden soll.

Des weiteren wurde beschlossen, daß die Krankenunterstützung ab 1. August d. J. wieder in voller Höhe zur Auszahlung gelangen soll.

Von wesentlicher Bedeutung ist auch ein Beschluß, wonach die Zusammenziehung des Beirats eine Änderung erfahren soll. Während bislang der Beirat aus den Bezirksleitern, den beiden Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Berlin sowie den gegen Besoldung angestellten Mitgliedern des Vorstandes, dem ersten Redakteur und dem Ausschußvorsitzenden bestand, wird nach dem gefassten Beschluß der Beirat dahin erweitert, daß aus jedem Agitationsbezirk bis zu 25 000 Mitgliedern je ein Vertreter, aus jedem Agitationsbezirk bis zu 50 000 Mitgliedern je 2 Vertreter und aus jedem Agitationsbezirk über 50 000 Mitglieder je 3 Vertreter hinzugezogen werden. Diese Vertreter werden auf Bezirkskonferenzen gewählt. Der Bezirkskonferenz gleich zu achten ist die mittlere Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin. Der so zusammengesetzte Beirat hat dieselben Befugnisse wie der frühere Beirat, wird also vom Vorstand einberufen je nach Bedarf. Er muß einberufen werden, wenn mindestens die Hälfte der auf den Bezirkskonferenzen gewählten Mitglieder unter Anführung der hierfür maßgebenden Gründe die Einberufung vom Vorstand verlangen.

Des weiteren wurde beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, falls der Krieg zur Zeit der Fälligkeit der nächsten Generalversammlung noch nicht beendet sein sollte, diese auf einen späteren Zeitpunkt einzuberufen.

Das neue Statut tritt am 1. August dieses Jahres in Kraft. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Kiel gewählt.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion.

## Arbeiterversicherung.

### Arbeitstherapie in der Unfallversicherung und die Gewerkschaften.

„Wenn ich meine gesunden Glieder wieder hätte, würde ich gern auf jede Rente verzichten.“ Wer von denen, die mit Verletzten zusammenkommen, hat dies nicht schon gehört. Es ist das eine andere Lesart des oft ausgesprochenen Satzes, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, Unfallschäden so weit wie möglich zu beseitigen, um den denkbar höchsten Grad der früheren Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen. Rentempfänger und Rentengewährer sind sich also im Grunde in einer wichtigen Frage einig und die Zustimmung aller Einsichtigen fehlt dabei auch nicht.

Deshalb wird auch allgemeine Einigkeit herrschen bei der Beurteilung einer im Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts gegebenen Anregung. Dieses will die Erfahrungen, die bei der Arbeitstherapie auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge gemacht wurden, auch den Unfallverletzten zugute kommen lassen. Verhandlungen darüber sind in der Schwebe.

Darüber, ob die Arbeitstherapie sich dauernd bewähren wird, läßt sich natürlich streiten. Unbestreitbar ist aber, daß die bis jetzt gemachten Erfahrungen günstig sind. Diese werden allerdings auch unter Verhältnissen gewonnen, die von der Norm abweichen. Heute ist es so, daß Kriegsbeschädigte, die dazu gewillt sind, in größeren Betrieben mit Arbeiten beschäftigt werden, die sie ohne Gefährdung ihres Zustandes verrichten können. Sie stehen dabei, was wichtig ist und ihren Eifer anspornt, mitten unter gesunden Arbeitern. Es wird ihnen, unbekümmert, ob sie ihn durch ihre Leistungen verdienen, ein bestimmter Tagelohn garantiert; dabei wird ein bestimmter Akkordsatz zugrunde gelegt. Ueberschreiten die Leistungen des Kriegsbeschädigten den garantierten Tagelohn, dann wird ihm sein erreichter Akkordlohn voll ausbezahlt. Ein Zwang zur Arbeit besteht nicht. Findet der Kriegsbeschädigte, daß er sich mehr zugemutet hat, als mit seiner Gesundheit verträglich ist, steht nichts im Wege, daß er bei der Arbeit aussetzt oder sie ganz einstellt.

Das bisherige System ist also aufgebaut auf dem guten Willen der Kriegsbeschädigten, sich unter den veränderten Verhältnissen eine neue Existenz aufzubauen. Diese Methode hat gegenüber den früheren mehrfache Vorzüge. Der Verletzte gewinnt Zutrauen zu sich selbst, was ungemein viel wert ist, und die verkrüppelten Gliedmaßen werden ohne äußeren Zwang und gewalttames Zutun nach und nach, je nach den Umständen, mehr oder weniger wieder brauchbar.

Bisher wurde versucht, dies in mediko-mechanischen Anstalten zu erreichen. Der Verletzte mußte an bestimmten Apparaten üben, und diese Übungen, bei denen die Gliedmaßen durch mechanische Kraft bewegt wurden und werden, sollen dazu beitragen, versteifte Gelenke beweglich zu machen usw. Diese Methode verfolgt also den gleichen Zweck wie die Arbeitstherapie neben der sie auch immer ihren Platz behaupten wird. Sie hat dieser gegenüber aber den Nachteil, daß der Verletzte hier vielfach als Quätere

empfinden wird, was er bei der Arbeitstherapie freiwillig tut. Bei dieser verrichtet er nützliche Arbeit, an der er Freude hat, während er, eingeschnallt in die Bewegungsapparate, mißmutig empfindet, daß er nicht mehr der alte ist. Dort verdient er, hier sitzt er mit dem Gedanken, daß er sich der Quälerei unterziehen muß, damit seine Rente so niedrig wie möglich bemessen oder noch weiter herabgesetzt werden kann. Das ist psychologisch höchst beachtlich und läßt ohne weiteres die Arbeitstherapie in hellerem Lichte erscheinen, zumal bei ihr auch sofort der wichtige Unterschied zwischen aktiver und passiver Beweglichkeit, der sich beim Gebrauch der mediko-mechanischen Apparate völlig vermischt, in Erscheinung tritt und zu ungunsten des Verletzten in die Waagschale fallende Mißverhältnisse ausschließt. Die Einführung der Arbeitstherapie in die Heilmethode bei der Unfallversicherung bedeutet nach alledem einen nennenswerten Fortschritt.

Trotzdem wird dies nicht ohne weiteres möglich sein. Vor allen Dingen werden die Berufsgenossenschaften unterrichten müssen. Ihnen ist der Verletzte heute nicht Mensch, sondern Sache. Eine Sache, die ihnen Geld kostet und mit der sie deshalb willkürlich verfahren. Dazu gibt ihnen das Gesetz die Möglichkeit. Sie können jederzeit ein neues Heilverfahren anordnen, wenn sie glauben, daß dadurch die Erwerbsfähigkeit der Verletzten gehoben werden kann. Der Verletzte kann dies zwar auch jederzeit verlangen, aber er befindet sich doch der Berufsgenossenschaft gegenüber im Nachteil. Diese kann seinen Antrag ablehnen, und ehe er sich seine Durchführung erstreitet, ist schon häufig der Zweck des Antrages hinfällig geworden. Der Verletzte kann sich zwar auch weigern, die Anordnungen der Berufsgenossenschaften zu befolgen, aber diese wird dann sofort die Rentenschraube anziehen und ihren Willen damit durchsetzen. Die sogenannten Rentenhysterie, über die superkluge „Sozialpolitiker“ von oben herab orakeln, fällt meist dem Umstand zur Last, daß die Berufsgenossenschaften und leider auch viele Ärzte den Unfallverletzten nicht als Subjekt, sondern als Objekt behandeln und daß sie oft zur Unzeit und unsachgemäß von ihrem formalen Rechte Gebrauch machen.

Wie soll das bei der Arbeitstherapie werden? Wenn den Berufsgenossenschaften dabei die Fortsetzung ihrer bisherigen Praxis zugestanden wird, ist die neue Maßnahme von vornherein zum Versagen verurteilt. Sie wird dann lediglich eine neue Quälerei und eine weitere Quelle der Rentenhysterie werden. Man darf nicht verkennen, daß bei den Kriegsbeschädigten die Arbeitstherapie aufgebaut ist auf dem System der Freiwilligkeit. Wird dies von den Berufsgenossenschaften, ihrem bisherigen System entsprechend, zum Arbeitszwang umgemodelt, dann wird die Arbeitstherapie verfallen.

Dazu gesellt sich die Frage der Entlohnung. Bei den Kriegsbeschädigten läuft die Rente neben dem erzielten Verdienst. Wir sind überzeugt, die Berufsgenossenschaften werden anders verfahren wollen, sie werden Rente und bei der Arbeitstherapie erzielten Verdienst in Einklang zu bringen, d. h. an der Rente zu sparen suchen. Heute wird ja auch die Arbeitstherapie unter Ausnahmeständen geübt. Heute ist jede Arbeitskraft willkommen. Die hohen Verdienste, die die Betriebe erzielen, geben Veranlassung, dabei gelegentlich ein Auge zuzubrücken. Das wird wieder anders werden. Die Zeit wird sehr rasch wiederkommen, wo die Unternehmer mit jedem Arbeitsplatz voll rechnen, und es wird dann nicht so wie

heute möglich sein, daß die Verletzten sich nach und nach, häufig, ohne daß sie dem Unternehmer etwas einbringen, sich in ihrem alten oder in einem neuen Beruf einarbeiten können. Die heute geübte Nachsicht wird entweder fehlen oder sie wird den Berufsgenossenschaften Opfer auferlegen. Diese werden dann den Arbeitszwang als Mittel zu unmittelbaren Rentenkürzungen benutzen, wie sie es heute schon bei den Nervenleidenden immer tun, wenn sie einen Arzt finden, der bereit ist, zu attestieren, daß Arbeit das beste Heilmittel sei. Damit wird aber Wohlstand zur Plage.

Was haben nun damit die Gewerkschaften zu tun? Sie haben daran doppeltes Interesse. Einmal sind sie die Vertreter der Arbeiterinteressen ganz allgemein, und schon dieser Grund nötigt sie, der Frage ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie sind aber auch in engerem Sinne interessiert an der Ausgestaltung der Arbeitstherapie. Ein mit dieser etwa verbundener Arbeitszwang kann sehr leicht Mißhelligkeiten in ihre Reihen tragen. Die Berufsgenossenschaften sind reine Unternehmerorganisationen. Wer bürgt dafür, daß diese den Arbeitszwang der Verletzten nicht gerade mißbrauchen, wenn den Gewerkschaften daran liegt, daß in einem Betriebe überhaupt nicht gearbeitet wird? Gewiß ist diese Gefahr nicht allzu groß. Es darf aber nicht verkannt werden, daß das Heer der Verletzten schon groß ist und tagtäglich anschwillt, es darf auch nicht verkannt werden, daß schließlich sich auch der Fiskus den Kriegsbeschädigten gegenüber als Versicherungsträger fühlen wird und daß er, wenn nicht von vornherein möglichen Auswüchsen gesteuert wird, den Praktiken der Berufsgenossenschaften möglicherweise folgt, und dann stünde doch eine gewaltige Menge gewissermaßen unter Kommando stehende Arbeiter zur Verfügung, denen unter Umständen zugemutet werden könnte, sich als „nützliche Elemente“ zu betätigen. Auch wenn damit nichts anderes erreicht würde, als daß in die Reihen der Gewerkschaften Mißhelligkeiten getragen würden, wäre dies für die Unternehmer schon ein Gewinn. Schließlich braucht auch noch gar nicht einmal an Lohnkämpfe gedacht zu werden. Schon daß die kommandierten Arbeiter als Lohnbrüder auftreten könnten, wäre ein Punkt, der ins Auge zu fassen ist.

Es komme niemand mit dem Hinweis, daß es kleinlich sei, wenn die Gewerkschaften angesichts eines Fortschrittes im Heilverfahren ihre Interessen betonen. Von allen sozialpolitischen Faktoren sind die Gewerkschaften die wichtigsten, und sie haben deshalb wohl Anspruch darauf, daß ihre Kreise nicht gestört werden. Dazu kann sich unter Umständen die Arbeitstherapie eignen und dem muß vorgebeugt werden, womit zugleich das Interesse zu wahren ist.

Es ist nach alledem die Arbeitstherapie wohl in das Heilverfahren in der Unfallversicherung einzugliedern. Sie darf jedoch nicht als Zwangsmaßnahme eingeführt werden und sie ist auch nicht als Mittel zu benutzen, Rentenkürzungen unmittelbar herbeizuführen. In dieser Beziehung ist vielmehr abzuwarten, wie sich die Verhältnisse späterhin gestalten. Die Arbeitsvermittlung hat nicht direkt durch die Berufsgenossenschaften oder sonstige Versicherungsträger, sondern durch die Vermittlung der städtischen Arbeitsämter, deren Errichtung die Gewerkschaften zur Führung der Arbeitsnachweise anstreben, zu erfolgen. Dann werden Mißbräuche ausgeschlossen und die Arbeitstherapie als wirklicher Fortschritt zu begrüßen sein.

H. M.

## Genossenschaftliches.

### XIV. Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine.

Nürnberg, den 18. und 19. Juni.

Es ist die dritte Kriegstagung, zu der sich die Vertreter der größten Verbraucherorganisation zusammenfanden. Anwesend sind 850 Delegierte und zahlreiche Gäste. Der Vertreter des Magistrats der Stadt Nürnberg, Rechtsrat Merkel, begrüßt den Genossenschaftstag auf das herzlichste und findet anerkennende Worte für die Verdienste der Konsumvereine, die sich insbesondere während des Krieges um Volkswohl und Volkswirtschaft verdient gemacht haben. Unter den Gästen sind noch zu nennen die Vertreter der Stadt Fürth, des allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, des Generalkommandos, die Vertreter der Gewerkschaften, die mit dem Centralverband in Vertragsverhältnis stehen, und die Generalkommission der Gewerkschaften.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die vielen Opfer, die der Krieg gefordert, und sie gedachte ganz besonders Adolf von Elm s, dessen selbstlose Hingabe für die Genossenschaften und seine großen Verdienste gewürdigt wurden.

Der Vorstandsbericht führte mitten in die Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse des Krieges. Die Kriegsverhältnisse erforderten bekanntlich andere Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und der Gebrauchsgegenstände. Bei der Bewirtschaftung und Verteilung der Waren kann eine Verbraucherorganisation, deren Mitglieder und deren Angehörige einen erheblichen Teil der Einwohner des Landes erfassen, wertvolle Hilfe leisten. Entsprechend dem gemeinnützigen Charakter der Konsumgenossenschaften haben sich diese dem Gemeinwohl in selbstloser Weise zur Verfügung gestellt, was vielseitig anerkannt wird. Leider ist auch zu beklagen, daß diese Mitarbeit vielerorts nicht, oder nicht rechtzeitig, gewürdigt wurde. Bewährte Einrichtungen, wie die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist von der Mitarbeit mehr und mehr ausgeschaltet worden. Teilweise mußten diese Organisationen ihre Mithilfe den offiziellen Stellen aufdrängen, um die Interessen der Mitglieder und Verbraucher zu wahren.

Die heutige Bewirtschaftung weist große Mängel auf und hat die Kriegsleiden, besonders für die breiten Volksmassen, bis ins Unerträgliche gesteigert. Der Aufbau von oben durch Reichsstellen und Reichszentralen ist unzuverlässig. Statt dessen muß die Organisation der Volkswirtschaft von unten und mit Hilfe der Genossenschaften erfolgen.

Während den Wirtschaftstürmen des Weltkrieges eine ungeheure Anzahl kleiner Existenzen zum Opfer fiel, haben die Genossenschaften diesen Stürmen nicht nur standgehalten, sondern sich kräftig weiterentwickelt. Das kommt auf allen Gebieten zum Ausdruck. Leider ist es nicht möglich, im Rahmen dieses Berichts eine eingehende Darstellung zu geben. Es ist jedem das Studium des gedruckten Berichts des Centralverbandes zu empfehlen.

Die dem Centralverbande angeschlossenen Konsumvereine betragen an Zahl 1077.

Die Mitgliederzahl stieg in den beiden Kriegsjahren von 1 718 000 auf 2 052 000. Davon gehören 75 Proz. zur Berufsgruppe der Industriearbeiter und Angestellte. 20,7 Proz. gehören der Gruppe weib-

licher Mitglieder an, deren Zahl von 267 000 auf 406 000 stieg. Angehörige der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind 91 000, selbständige Gewerbetreibende 108 000, freie Berufe 81 000 und ohne bestimmten Beruf 216 000.

Der Umsatz erhöhte sich im zweiten Kriegsjahr von 493 Millionen Mark auf 577 Millionen Mark; der Wert der in eigener Produktion hergestellten Produkte stieg von 106 Mill. auf 146 Mill. M., und die Zahl der in allen Konsumgenossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen betrug 25 710.

Den größeren Konsumvereinen wird empfohlen, den Geschäftsanteil und die Reserven zu erhöhen. Die Stärkung der Kapitalkraft der Genossenschaften wird im Hinblick auf die kommenden Aufgaben empfohlen.

Insbeyondere soll die Erweiterung der eigenen Produktion ins Auge gefaßt werden. Z. B. Bäckereien, Schlächtereien, Schrotmühlen, die Milchversorgung der Mitglieder, wobei an die Erwerbung von landwirtschaftlichem Besitz zu denken ist, mit dessen Hilfe sowohl eine gewisse Preiskontrolle ermöglicht wird, wie Gemüsebau- und bessere Verwertung der Abfallstoffe u. a. m. Das Programm der Eigenproduktion ist sehr umfangreich. Im weiteren wird der Ausbau des Versicherungswesens in Aussicht genommen. Ebenso wird die Umwandlung der Bankabteilung in eine Genossenschaftsbank für notwendig erachtet.

Die erforderlichen Mittel zur Durchführung des großen und weitaussehenden Programms erhofft man zu erhalten, wenn die Geschäftsanteile auf 50—60 M. erhöht werden.

Nach der Berichterstattung über die Tätigkeit des Vorstandes und Beendigung der Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die sich im Sinne des Vorstandsberichts bewegt; sie fordert von den Nahrungsmittelerzeugern die gleiche Entfugungswilligkeit gegenüber den Anforderungen der Kriegswirtschaft, wie sie vom größten Teil der Verbraucher an den Tag gelegt wird. Auch wird in der Resolution Einspruch gegen die systematische Benachteiligung der Konsumvereine seitens vieler Behörden mit folgenden Worten erhoben:

„Der Genossenschaftstag legt aufs neue gegen diese Methoden Verwahrung ein. Er fordert die Genossenschaften auf, mit Unterstützung des zuständigen Revisionsverbandes alle ihnen zuteil werdenden Benachteiligungen zum Gegenstande von Beschwerden an die Behörden des in Frage kommenden Bundesstaates zu machen, um auf diese Weise eine Beseitigung der Uebelstände zu erreichen. Mit allem Nachdruck verlangt er außerdem, daß den Konsumgenossenschaften endlich der Platz im Verteilungsorganismus angewiesen wird, auf den sie Anspruch erheben dürfen. Endlich erhebt er die Forderung, daß Mittel und Wege gefunden werden, um auch der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine die Aufrechterhaltung und den Weiterausbau ihrer geschäftlichen Beziehungen zu den Konsumgenossenschaften im Rahmen der behördlichen Verteilungsorganisation zu ermöglichen.“

Beachtlich war, daß in der Aussprache bittere Klage über Benachteiligung der Konsumvereine durch die preußischen Staatsbehörden vorgebracht wurden. Einige schleswig-holsteinische Stadtverwaltungen (und auch anderwärts) haben die Konsumvereine zum Vorteil der kleinen Krämer erheblich benachteiligt, und die höchsten preußischen Be-